



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 7

Juli 1962

Aufsätze:

Kommunalwahlen März 1962

Bodennutzungssysteme

Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Boden- und Kommunalkreditinstitute

INDUSTRIELAND

— AGRARLAND

Anteil der Bereiche



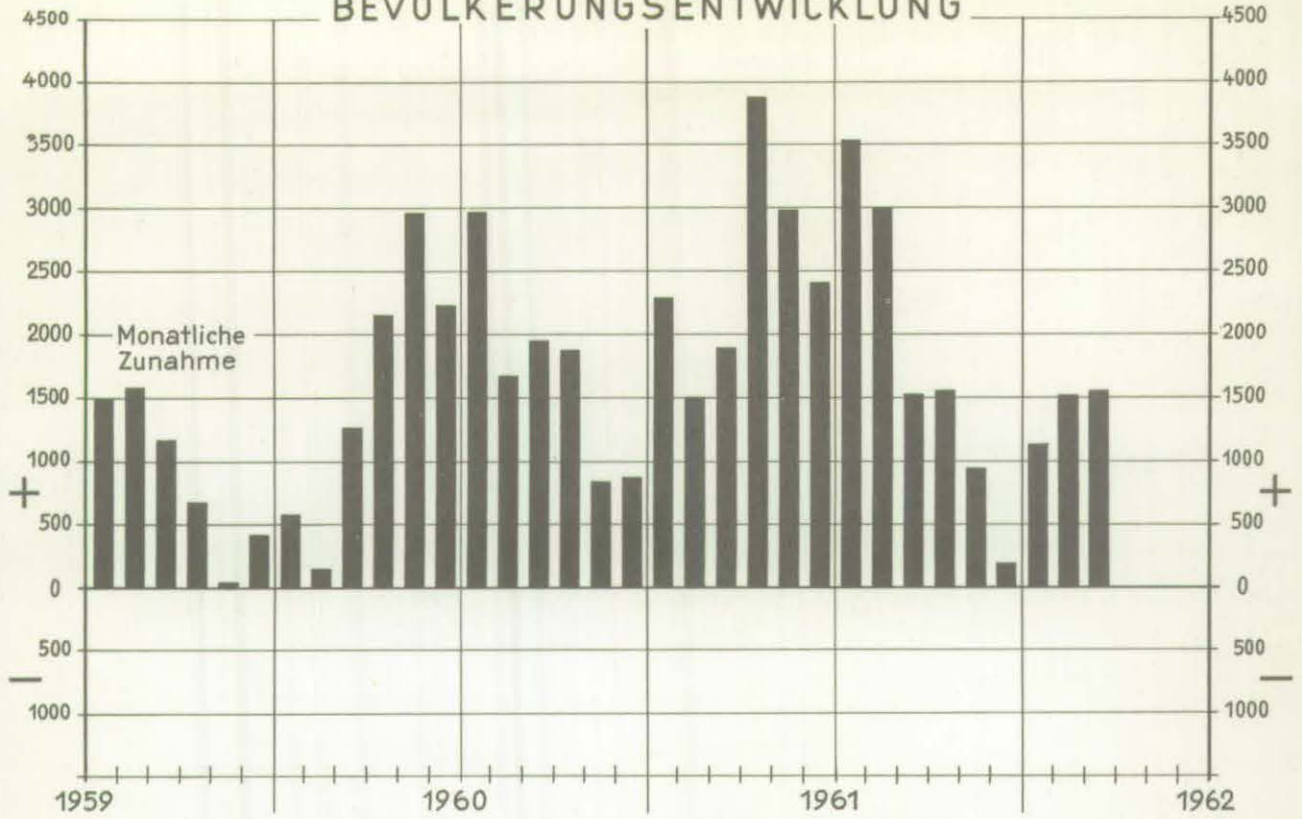
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

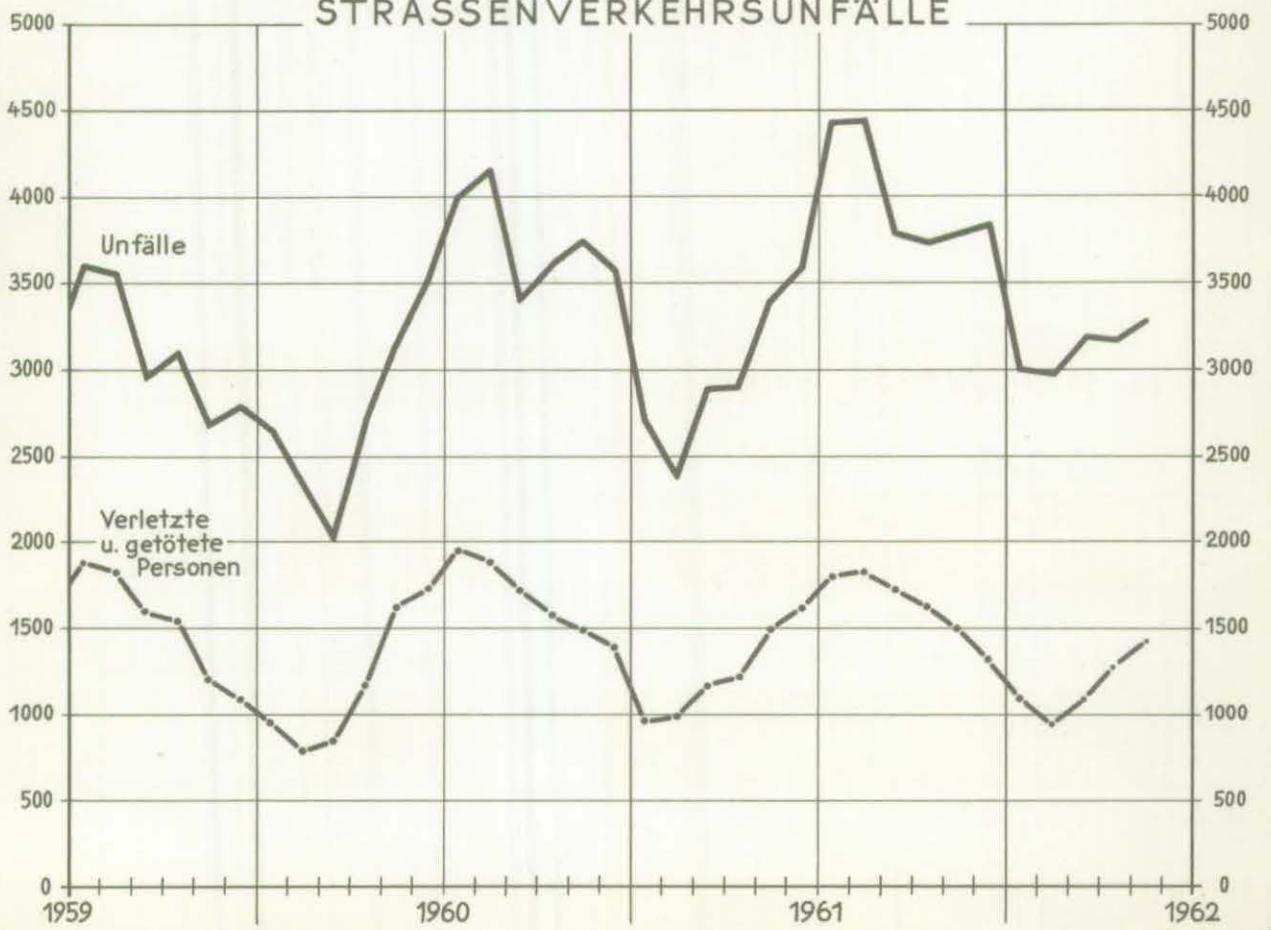
V 6458 E

D-3035

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



I N H A L T

7/62

Aktuelle Auslese	197
Aus dem Inhalt	198-199
Aufsätze	
Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im März 1962	200-205
Die Bodennutzungssysteme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	205-213
Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in Schleswig-Holstein	213-217
Die Boden- und Kommunalkreditinstitute in Schleswig-Holstein 1961	217-220
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	221-226
Kreiszahlen	227
Schleswig-Holstein im Bund	228
Wirtschaftskurven A - allgemein -	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 2/1962

Allgemeinbildende Schulen 1961
Bundestagswahl 1961 - repräsentativ
Landw. Betriebe nach Hauptbetriebsart
Getreideernte und ihre Verwertung
Öffentliche Straßenverkehrsmittel
Umsätze 1960
Turnen und Sport
Jugendgruppen 1961
Obsternte 1961
Zwischenfruchtanbau 1961
Vermögensmillionäre

Heft 3/1962

Güterbewegungsstatistiken
Berlin- und Interzonenhandel 1960
Spareinlagen 1900 bis 1960
Löhne im Handwerk
Verbrauch in Haushalten

Heft 4/1962

Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs
Landwirtschaftl. Betriebe über 100 ha
Gewerbesteuer-Meßbeträge 1958
Umsatzstruktur 1960
Preise in Gaststätten 1960
Gemüse 1961
Getreide 1961
Konsumgenossenschaften 1960
Voraussichtlicher Pkw-Bestand

Heft 5/1962

Ehescheidungen 1960
Bauwirtschaft 1961
Fremdenverkehr Sommer 1961
Kapitalgesellschaften 1961
Steueraufkommen 1961
Schweinebestand März 1962
Streiks

Heft 6/1962

Milchwirtschaft 1961
• Vieh- und Fleischwirtschaft 1960/61
Löhne in der Landwirtschaft 1961
Industrie 1961
Handwerk 1961
Zahlungsschwierigkeiten 1961
Kommunaler Finanzausgleich
Lehrernachwuchs
Pädagogische Hochschulen
Akademische Prüfungen



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 7

Juli 1962

Aktuelle Auslese



ERHEBLICHER PREISANSTIEG IM WOHNUNGSBAU

Der für Mai 1962 berechnete Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet zeigt, daß sich die Preise der "Bauleistungen am Gebäude" nach einem vorläufigen Ergebnis gegenüber Mai 1961 um reichlich 11% erhöht haben. Der Index (1958 = 100) stand im Mai 1962 auf 132,5. - Die Indices für die einzelnen Bauarbeiten veränderten sich gegenüber Mai 1961 wie folgt:

Erd- und Grundbaurarbeiten	+ 11%
Rohbaurarbeiten	+ 12%
Ausbaurarbeiten	+ 11%
Haustechnische Anlagen	+ 9%



WENIGER FÜRSORGEUNTERSTÜTZTE

Am 31. Dezember 1961 wurden in offener Fürsorge und Tbc-Hilfe zusammen 32 700 Parteien mit 46 100 Personen laufend unterstützt. Gegenüber dem Stand von Ende 1960 hat die Zahl der Parteien und Personen um je 13% abgenommen. Während am Jahresanfang 23 Personen je 1 000 Einwohner in offener Fürsorge laufend unterstützt wurden, waren es am Jahresende nur noch 20 Personen.



120 000 BETTEN FÜR DIE GÄSTE

Anfang April 1962 wurden in den 139 zur Fremdenverkehrsstatistik berichtenden Gemeinden über 120 000 Betten für Gäste gezählt, und zwar rund 57 000 in Beherbergungsbetrieben und 63 000 in Privatquartieren. Gegenüber dem 1. April 1961 erhöhte sich die Zahl der Betten um 6%.



STEIGENDE KRANKENKASSENBEITRÄGE

Im Jahre 1961 wurden von den Pflichtkrankenkassen höhere Beiträge erhoben als 1960. Für Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen betrug der durchschnittliche Beitragssatz im Jahre 1961 9,26% des Grundlohnes gegenüber 8,36% im Vorjahre.



SCHULENTLASSUNGEN 1963

Nach eigenen Schätzungen der Schulen werden Ostern 1963 voraussichtlich 19 900 Schüler aus den öffentlichen Volksschulen Schleswig-Holsteins entlassen werden. Die Entlassungszahl wird sich damit gegenüber 1962 kaum verändern.

Im ersten Teil dieses Aufsatzes werden noch einmal die Hauptergebnisse (Zahl der Stimmen, Sitzverteilung usw.) der letzten Kreiswahlen und der Gemeindewahlen in den kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins genannt und mit den Ergebnissen früherer Wahlen verglichen. Ferner wurden die Kommunalwahlergebnisse auf Landtagswahlkreise umgerechnet. Diese Umrechnungen dürften - trotz aller Problematik - gerade im Hinblick auf die im September 1962 stattfindenden Landtagswahlen von besonderem Interesse sein. Ein weiterer Abschnitt befaßt sich mit einer Aufgliederung der Wahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen. Dabei ergab sich, daß nur noch für die CDU und die SPD der Stimmenanteil von der Gemeindegröße abhängig ist. Die CDU hat ihren größten Anteil in den kleinsten Gemeinden. Die SPD findet dort die geringste Resonanz. Ihr Anteil ist in den kreisfreien Städten am höchsten. - Im zweiten Teil des Aufsatzes werden die Hauptergebnisse der Gemeindewahlen (z.B. Sitzverteilung in den kreisangehörigen Gemeinden) untersucht. Ein kleiner Abschnitt berichtet über die Frau in der Gemeindevertretung. - Eingehend wird dann mit Hilfe einer Sonderauszählung festgestellt, wie der Wähler sein Mehrstimmenrecht (in einigen Gemeinden hat er sechs Wahlstimmen) gebraucht. Die Ergebnisse zeigen, daß viele Wähler ihr Stimmrecht nicht voll ausgenutzt haben und daß die Stimmenverluste in den Gemeinden mit Mehrstimmenrecht demgemäß beträchtlich hoch sind. Der Stimmenverlust aller Gemeinden mit Mehrstimmenrecht beläuft sich auf fast 20%. Er ist umso höher, je kleiner die Gemeinde ist. Der Stimmenverlust ist mit Abstand dort am geringsten, wo der Wähler nur eine Wahlstimme hatte. Parteikombinationen entstehen, wenn der Wähler seine Stimmen verschiedenen Parteien gegeben hat; sie waren bei den Kommunalwahlen viel häufiger als bei den Bundestagswahlen. Das liegt nicht nur daran, daß bei den Gemeindewahlen dem Wähler bis zu sechs Stimmen gegeben wurden; auch dort, wo bei der Kommunalwahl der Wähler nur zwei Stimmen hatte, wurden von 8,7% aller Wähler zwei Kandidaten verschiedener Parteien bevorzugt, gegenüber nur 4,2% bei der Bundestagswahl.

Es ist die Hauptaufgabe der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik, die landwirtschaftliche Betriebsstruktur darzustellen. Dabei gilt es, die vielfältigen landwirtschaftlichen Produktionsstätten sinnvoll zu gruppieren. Zu diesem Zweck wurden Bodennutzungssysteme entwickelt, in die sich die landwirtschaftlichen Betriebe entsprechend ihrer Bodennutzung einordnen lassen. Die Gliederung der Betriebe nach Bodennutzungssystemen ist in erster Linie eine betriebswirtschaftliche Klassifikation der Betriebe nach ihrer Anbaustruktur. Die heute gebräuchlichste Systematik der Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe ist das vom Wissenschaftlichen Beirat beim BML aufgestellte Schema der Bodennutzungssysteme. - Das Bodennutzungssystem eines Betriebes wird durch die Anteile der drei Bodennutzungszweige Hackfrucht, Getreide, Futterbau an der landwirtschaftlichen Nutzfläche bestimmt. (Für das Sonderkultursystem ist nur der Anteil der Sonderkulturen maßgebend.) Je nach dem

Zusammenspiel dieser drei Zweige sind besondere Bereiche abgegrenzt worden, aus deren Benennung das Typische der Bodennutzung der ihnen zugeordneten Betriebe hervorgeht. Insgesamt wurden 14 solcher Bodennutzungssysteme abgegrenzt, die sich wiederum zu fünf Gruppen zusammenfassen lassen. Die entscheidenden Prinzipien dieser Abgrenzung liegen in der Gewichtung der einzelnen Fruchtarten und in der Abstufung der Anbauanteile, die für die Zuteilung der Betriebe zu den Gruppen maßgebend sind. - Zum ersten Mal sind die Bodennutzungssysteme nach der Systematik des Wissenschaftlichen Beirats beim BML aus den Unterlagen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 bestimmt worden. Die zweite vollständige Auszählung erfolgte jetzt nach dem Stand der Landwirtschaftszählung 1960. Dazwischen wurde 1956 an Hand einer zehnpromzentigen Stichprobe eine repräsentative Auszählung vorgenommen. - Die Ergebnisse aus diesen drei Erhebungen zeigen, wie sich die Anbaustruktur der Einzelbetriebe durch die aus den Flächenerhebungen bekannte Anbauverschiebung zwischen den einzelnen Fruchtgruppen verändert hat. Der Anteil der Betriebe (mit 5 und mehr ha LN) in der Bodennutzungssystemgruppe Hackfruchtbau an der Gesamtzahl aller Betriebe ist von 34% im Jahre 1949 auf 18% im Jahre 1960 gesunken. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Getreidegruppe von 23% auf 42% gestiegen. Relativ wenig hat sich dagegen der Umfang der Futterbaugruppe verändert. Ihr Anteil betrug 1960 27%. Die Zunahme der Betriebe mit starkem Sonderkulturbau dürfte in erster Linie eine Folge der Ausbreitung des bäuerlichen Erwerbsobstbaues sein. - Die vorliegende Untersuchung ist nicht nur auf die Bodennutzungssystemgruppen abgestellt, sondern berücksichtigt auch die Einzelsysteme und die Betriebsgrößen. Hierbei konnten bemerkenswerte Unterschiede festgestellt werden zwischen den einzelnen Größenklassen, sowohl bezüglich der grundsätzlichen Verteilung der Betriebe auf die Bodennutzungssysteme als auch in der Veränderung zwischen 1949 und 1960. Im Aufsatz werden diese Veränderungen ausführlich diskutiert. - Im letzten Teil des Aufsatzes wird über die Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf die Bodennutzungssysteme berichtet. Diese Verteilung ist nicht allzu verschieden von der der Betriebe. Immerhin gehören aber doch 31% der Betriebe der Futterbaugruppe an gegenüber nur 21% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Betriebe dieser Gruppe sind also im Durchschnitt kleiner als die der anderen Gruppen. 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegen in den Hackfruchtbausystemen und 1% entfällt auf das Sonderkultursystem. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche, nämlich 43%, entfällt auf die Getreidebaugruppe. Rechnet man hier noch einen Teil der "Sonstigen Betriebe" hinzu, so ergibt sich, daß rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Schleswig-Holsteins in Getreidebausystemen weitesten Sinnes bewirtschaftet wird. Dabei sind die Unterschiede in den einzelnen Landesteilen jedoch beträchtlich. - Für 4 136 der insgesamt 49 432 Betriebe mit 2 und mehr ha LN konnte nach dem Abgrenzungsschema des wissenschaftlichen Beirats beim BML kein Bodennutzungssystem ermittelt werden. Sie wurden daher als "Betriebe mit unbestimmten Anbauverhältnissen" bezeichnet. In der Größenklasse von 100 und mehr ha LN fällt ein Viertel der vorhandenen Betriebe in diese Gruppe und von den Betrieben zwischen 50 und 100 ha Größe sind es auch immerhin 14%. Besonders hoch ist der Anteil im Hügel- und Tiefland.

Im Rahmen der Handels- und Gaststättenzählung 1960 konnten in Schleswig-Holstein 6 041 Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes erfaßt werden. Von diesen Unternehmen sind fast die Hälfte Restaurants. Daneben sind noch die Hotels und Gasthöfe mit zusammen 21% und die Fremdenheime und Pensionen (einschließlich der Zimmervermietungen) mit 16% aller erfaßten Unternehmen von Bedeutung. - In allen Unternehmen waren Ende August 1960 an die 27 000 Personen beschäftigt. In dieser Zahl sind auch die tätigen Inhaber sowie deren mithelfende Familienangehörige und die Teilbeschäftigten (z. B. Aushilfspersonal) enthalten. Daraus ergibt sich eine Beschäftigtenzahl von durchschnittlich 4,4 Arbeitskräften je Unternehmen. Von diesem Mittelwert zeigten sich bei der Betrachtung der einzelnen Betriebsarten teilweise recht starke Abweichungen. Die meisten Personen je Unternehmen waren in den Bars und Tanzlokalen beschäftigt, die wenigsten in den Trink- oder Imbißhallen. Relativ viele Beschäftigte sind auch in den Hotels und in den Cafés zu finden. - Von den 6 041 erfaßten Unternehmen konnten nur 5 246 ihren Gesamtumsatz für das volle Geschäftsjahr 1959 angeben. Diese Unternehmen haben 1959 insgesamt 384 Mill. DM umgesetzt. Das entspricht einem jährlichen Gesamtumsatz von 73 000 DM je Unternehmen. Dabei gab es allerdings wesentlich mehr Unternehmen in Umsatzgrößenklassen, die unter diesem Mittelwert liegen als solche, die darüber liegen. Die stärkste Besetzung fällt in die Klassen von 20 000 bis unter 100 000 DM, wo sich 53% aller Gaststätten und Beherbergungsunternehmen befinden, 28% der Unternehmen setzen weniger als 20 000 DM im Jahre um und nur 4% mehr als 250 000 DM. Die Verteilung der Unternehmen nach Umsatzgrößenklassen auf die einzelnen Betriebsarten ist recht unterschiedlich. Im einzelnen schwanken die durchschnittlichen Jahresumsätze pro Unternehmen je nach der Betriebsart zwischen 23 000 DM bei den Fremdenheimen oder Pensionen und 216 000 DM bei den Bars und Tanzlokalen. Zwischen diesen beiden Werten bewegen sich die durchschnittlichen Jahresumsätze je Unternehmen für die übrigen Betriebsarten. - Die meisten Unternehmen sind reine Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe. Nur 11% be-

trieben außerdem noch eine oder mehrere andere gewerbliche Tätigkeiten. Am häufigsten wurde neben dem Gaststättengewerbe Einzelhandel betrieben. - Die Zahl der Unternehmen, die Zweigniederlassungen unterhalten, ist im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sehr niedrig.

Die vier schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute haben 1961 für fast 160 Mill. DM Schuldverschreibungen untergebracht. Von dieser Summe entfielen 92 Mill. DM auf Hypothekendarlehen, 34 Mill. DM auf Schiffspfandbriefe und 33 Mill. DM auf Kommunalobligationen. Die unvermindert lebhafteste Bautätigkeit gab den Hypothekendarlehen - wie auch im Bundesgebiet - innerhalb des Erstabsatzes ein starkes Übergewicht. Der Erstabsatz von Schiffspfandbriefen, der in der Bundesrepublik nur eine bescheidene Rolle spielt, hat für die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute eine beachtliche Bedeutung. - Von den schleswig-holsteinischen Boden- und Kommunalkreditinstituten wurden 1961, je nach der Lage am Rentenmarkt, hauptsächlich 5 1/2%ige und 6%ige Schuldverschreibungen aufgelegt und verkauft. - Die Institute kauften 1961 insgesamt 41 Mill. DM ihrer in früheren Jahren ausgegebenen Schuldverschreibungen zurück, das ist über ein Viertel des aus dem Erstabsatz erzielten Betrages. - Dem guten Erstabsatz entsprechend hat der Umlauf an Schuldverschreibungen der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute stark zugenommen. Er konnte aber nicht wie im Bundesgebiet das Rekordergebnis des Jahres 1959 (162 Mill. DM) übertreffen. Der Nettowachstum war mit 115 Mill. DM jedoch fast um ein Drittel größer als 1960 (81 Mill. DM). Die stärkste Zunahme hatten mit beinahe 90 Mill. DM die Hypothekendarlehen zu verzeichnen. - Der Umfang des Aktivgeschäftes hat sich bei den Realkreditinstituten noch etwas stärker als der des Passivgeschäftes ausgedehnt. Am 31. Dezember 1961 betrug der Bestand an langfristigen Darlehen - einschließlich 522 Mill. DM Treuhandmittel - 1,9 Mrd. DM.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit
- .
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt
- x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im März 1962

Die Kreiswahlen und die Gemeindewahlen in den kreisfreien Städten

Die Ergebnisse im Vergleich zu früheren Wahlen

Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich gegenüber der Bundestagswahl 1961 kaum verändert, dagegen erhöhte sie sich gegenüber der Landtagswahl 1958 um 54 000. Infolge der geringen Wahlbeteiligung (71,2%) war die Zahl der Wähler im März 1962 um 278 000 oder 19% niedriger als ein halbes Jahr zuvor und um 80 000 Wähler niedriger als bei der Landtagswahl 1958. Besonders gering war das Wahlinteresse im Kreis Südtondern und in der Stadt Kiel (je 66,9%) sowie im Kreis Rendsburg (68,4%) und in der Stadt Lübeck (69%). Auffallend ist, daß Kreise mit höchster (z. B. Kreis Plön) und niedrigster Wahlbeteiligung (Kreis Südtondern) auch in früheren Wahlen ähnlich extreme Beteiligungen aufweisen.

Die CDU konnte ihren Stimmenanteil seit der Wahl im Jahre 1959 ständig erhöhen. Die geringere Anzahl von CDU-Wählern - sie verlor 16,5% ihrer Wählerstimmen des Jahres 1961 - wurde durch eine relativ noch größere Abnahme der gültigen Wählerstimmen (- 17,6%) mehr als ausgeglichen. Sie konnte jedoch den Erfolg der Landtagswahl im Jahre 1958 nicht wiederholen. Ihre stärkste Resonanz findet sie in den Kreisen Norderdithmarschen (52,3% der gültigen Stimmen), Flensburg-Land, Schleswig und Rendsburg, wo sie jeweils über die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Tab. 1 Anteil der Parteien an den gültigen Stimmen in %

Partei	Landtagswahl 1958	Kreistagswahl ¹ 1959	Bundestagswahl 1961	Kreistagswahl ¹ 1962
CDU	44,4	39,9	41,8	42,3
SPD	35,9	36,9	36,4	38,3
FDP	5,4	8,9	13,8	10,7
GDP (DP+GB/BHE)	9,7	9,6	3,9	4,8
SSW	2,8	2,9	1,9	2,5
Wählergruppen	-	-	-	0,6
Übrige	1,8	1,9	2,3	0,6

1) einschl. der Gemeindewahl in den kreisfreien Städten

Die SPD konnte ebenfalls ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl verbessern, obwohl auch sie 13,1% ihres damaligen Wählerbestandes verlor. Bei der Landtagswahl 1958 hatten sich 6 000 Wähler mehr für sie entschieden als im März 1962. Ihren relativ größten Zulauf mit mehr als der Hälfte der gültigen Stimmen hatte sie in den kreisfreien Städten Neumünster (51,4%) und Kiel (50,5%).

Der Wählerbestand der FDP erhöhte sich gegenüber der Landtagswahl 1958 um 85%, sie ist nunmehr seit 1961 die drittstärkste Partei

des Landes. Ihr Stimmenverlust betrug gegenüber der Bundestagswahl 36%. Kreise mit höchstem Stimmenanteil für die FDP sind Eiderstedt (25,1%) und Segeberg (24,7%).

Alle übrigen Parteien haben weniger als 5% der gültigen Stimmen auf sich vereinigen können. Die GDP erreichte in 11 von 21 Kreisen mehr als 5% der gültigen Stimmen, darunter im Kreis Eutin allein 11,4%. Dieser Kreis hatte bereits bei früheren Wahlen die weitaus meisten GB/BHE-Stimmen aufzuweisen gehabt. - Der SSW fand seine größte Resonanz mit 27,7% der gültigen Stimmen in der Stadt Flensburg. Dort hatte er im Jahre 1958 29,5% und im Jahre 1959 sogar 31,6% der gültigen Stimmen erreicht. Damit hat der SSW in Flensburg den dritten Platz, auf den er bei der Bundestagswahl mit 19,6% zurückgefallen war, behalten.

Trotz des starken Anstiegens der FDP-Stimmen hat sich das Zweiparteiensystem weiter durchgesetzt. CDU und SPD zusammen hatten im Wahljahr

1958	80,3 %	1961	78,1 %
1959	76,7 %	1962 sogar	80,6 %

aller gültigen Stimmen erhalten.

Die Sitzverteilung in den kreisfreien Städten und in den Kreisen

Insgesamt wurden 881 Sitze verteilt, unter ihnen 9 Überhangmandate, die alle von der CDU errungen wurden. Die CDU konnte ihre Vertreterzahl um 18 Sitze auf 400 Sitze erhöhen. In 14 von 21 Kreisen und kreisfreien Städten stellt sie die stärkste Fraktion gegenüber 13 im Jahre 1959. In 6 Landkreisen verfügt sie sogar über die absolute Mehrheit. Vertretergleichheit besteht in einem Kreis zusammen mit der SPD.

Die SPD konnte gegenüber der Kommunalwahl 1959 15 Sitze mehr erringen, sie bildet in sechs Kreisen und kreisfreien Städten die stärkste Fraktion, in zwei kreisfreien Städten erhielt sie mehr als die Hälfte der Sitze.

Der Stimmenzuwachs der FDP betrug gegenüber der Kommunalwahl 1959 knapp 18%. Noch größer war ihr Erfolg bei der Sitzverteilung, sie konnte ihre Sitze um 24 auf 100 erhöhen. Sie hat damit die Zahl der Sitze des GB/BHE (68) und der DP (8) im Jahre 1959 erheblich überschritten. Die GDP verfügt nur mehr über 27 Sitze, das sind 49 Sitze weniger als der GB/BHE und die DP zusammen 1959 erringen konnten. Auch der SSW büßte 10 seiner nach der Wahl im Jahre 1959 erhaltenen 36 Sitze ein, ihm verblieben somit 1962 nur noch 26 Sitze, darunter allein 11 in der Stadt Flensburg. Die Wählergruppen erhielten nur 3 Sitze, außerdem war in einem Kreis ein Einzelbewerber erfolgreich.

Tab. 2

Die Sitzverteilung in den kreisfreien Städten und Kreistagen

Wahljahr	Sitze insgesamt	davon in %							
		CDU	SPD	FDP	GDP (DP + GB/BHE)	SSW	Wählergruppen	Einzelbewerber und Parteilose	Sonstige
1955 ¹⁾	878	7,6	31,3	0,6	12,6	5,1	42,4	0,3	-
1959	885	43,2	34,9	8,6	8,6	4,1	-	-	0,7
1962	881	45,4	36,8	11,4	3,1	3,0	0,3	0,1	-

1) CDU und FDP waren in der Regel in den Wählergruppen vertreten, vereinzelt auch der GB/BHE

Die Umrechnung der Wahlergebnisse auf Landtagswahlkreise

Im September 1962 finden in Schleswig-Holstein Landtagswahlen statt. Eine Umrechnung der Kommunalwahlergebnisse vom März 1962 dürfte somit von besonderem Interesse sein. Allerdings darf nicht außer acht gelassen werden, daß derartige Umrechnungen stets problematisch sind, da ja die Wahlentscheidung eines Wählers bei einer Kommunalwahl anders ausfallen kann, als bei einer Landtagswahl. Das deutet sich schon durch die stark unterschiedliche Wahlbeteiligung in den verschiedenen Wahlebenen an, die ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor bei derartigen Umrechnungen ist. Erleichtert werden andererseits die Umrechnungen dadurch, daß bei Kommunalwahlen die Briefwähler auch den Landtagswahlkreisen zugeordnet werden können. Das ist z. B. bei Umrechnungen von Bundestagswahlen auf Landtagswahlkreise nicht möglich. Hinzu kommt, daß bei den Wahlen in den kreisfreien Städten und in den Kreisen im März 1962 fast ausschließlich solche Parteien erfolgreich waren, die auch bei der kommenden Landtagswahl vertreten sein werden. Eine stärkere Resonanz der Wählergruppen hätte die Umrechnungen unter Umständen unmöglich gemacht.

Wie leicht dieses Sitzergebnis sich hätte ändern können, erhellt sich daraus, daß, wenn die CDU nur 12 Stimmen mehr im Landesergebnis gewonnen hätte, bereits der 69. nach d'Hondt entfallende Sitz zwischen der CDU und der SPD

Tab. 3

Sitzverteilung nach den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes

Wahljahr	Von den 69 Sitzen entfallen nach d'Hondt auf				
	CDU	SPD	FDP	GDP GB/BHE	SSW
Kommunalwahl 1962	31	29	8	-	1
Landtagswahl 1958	33	26	3	5	2

ausgelost werden müßte. Dieser 69. Sitz würde entweder der 29. Sitz für die SPD oder der 32. Sitz für die CDU gewesen sein. Bei nur 47 Stimmen mehr für die CDU würde der 69. Sitz der CDU zugesprochen worden sein, so daß die CDU 32, die SPD 28 Sitze erhalten hätte.

Die Umrechnung der Ergebnisse auf Gemeindegrößenklassen

Nur noch für die CDU und die SPD ist der Stimmenanteil abhängig von der Gemeindegröße: Die CDU hat ihren größten Anteil in den kleinsten Gemeinden, er beträgt in der untersten Größenklasse mehr als die Hälfte aller Stimmen und nimmt dann bis zu der Gemeindegrößenklasse von 10 000 bis 25 000 Einwohnern auf 39,0% ab, steigt dann allerdings geringfügig auf 39,3% an. Im Gegensatz dazu hat die SPD geringste Resonanz in den kleinsten Gemeinden mit 26,1%, ihr Stimmenanteil steigt bis zu den kreisfreien Städten auf 45,6% an.

Bei allen übrigen Parteien ist eine derartige Abhängigkeit von der Gemeindegröße nicht zu erkennen.

Tab. 4

Die Anteile der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen bei der Kreistagswahl 1962 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Gültige Stimmen insges.	davon in %							
		CDU	SPD	FDP	GDP (DP + GB/BHE)	SSW	Wählergruppen	Einzelbewerber und Parteilose	Sonstige
unter 1 000 Einw.	206 611	52,9	26,1	13,9	4,5	2,2	-	0,2	0,2
1 000 - 2 000 Einw.	99 785	44,3	31,6	14,6	7,0	1,9	-	0,3	0,3
2 000 - 5 000 "	129 400	40,0	37,6	11,9	7,5	1,6	0,8	0,0	0,7
5 000 - 10 000 "	119 791	39,8	39,1	10,1	7,6	2,0	1,0	-	0,4
10 000 - 25 000 "	159 714	39,0	42,6	10,7	4,9	1,0	0,7	-	1,1
25 000 - 50 000 "	77 439	39,1	39,9	12,6	4,8	3,0	-	-	0,6
50 000 Einw. und mehr	331 274	39,3	45,6	6,9	2,3	4,1	0,9	0,0	0,9
Insgesamt	1 124 014	42,3	38,3	10,7	4,8	2,5	0,6	0,1	0,7
dagegen									
Kreistagswahl 1955	1 093 425	8,2	33,2	1,1	12,4	3,9	38,6	0,4	2,2
1959	1 155 106	39,9	36,9	8,9	9,6	2,9	-	0,2	1,8

Die Gemeindewahlen

Die Sitzverteilung in den Gemeinden

Das sehr viel stärkere Auftreten von Wählergruppen und Einzelbewerbern bei den Gemeindewahlen, insbesondere in den kleineren Gemeinden ergibt gegenüber der Stimmenabgabe bei den Kreiswahlen ein sehr viel anderes Bild.

Tab.5 Die Sitzverteilung in den kreisangehörigen Gemeinden

Wahljahr	Sitze insgesamt	davon in %					
		CDU	SPD	GDP	FDP	Parteilose, Einzelbew. und WG	Übrige
1955	14 244	10,0	13,4	5,9	1,5	68,1	1,1
1959	12 265	34,5	17,5	5,8	7,4	31,5	3,3
1962	13 668	23,4	16,8	2,1	5,3	51,2	1,2

Für einen Vergleich mit Kommunalwahlen früherer Jahre dürfte es zweckmäßig sein, Parteilose, Einzelbewerber und Wählergruppen wegen der unterschiedlichen Wahlgesetze zusammengefaßt darzustellen. Sie haben im Wahljahr 1962 gegenüber 1959 einen erheblichen Erfolg gehabt; allerdings haben sie den Sitzanteil des Jahres 1955 nicht erreichen können. Bei vergleichender Betrachtung der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1955 die politischen Parteien im starken Maße in den Wählergruppen mitwirkten; aber auch im März 1962 hat es zahlreiche Gemeinden - namentlich kleinere - gegeben, in denen Wählergruppen Wahlvorschläge einreichten, die auch von Angehörigen politischer Parteien getragen wurden, und die demgemäß keine eigenen Wahlvorschläge einreichten. Je größer die Gemeinde ist, in umso stärkerem Maße haben auch die einzelnen Parteien, sowohl die CDU wie auch die FDP, im Jahre 1962 eigene Wahlvorschläge eingereicht; aus diesem Grunde geht aber auch der Sitzanteil der Wählergruppen in gleichem Maße zurück, wie aus der Tabelle 6 zu entnehmen ist.

Tab.6 Sitzverteilung bei den Gemeindewahlen nach Größenklassen und Parteien

Gemeindegrößenklasse	Sitze insgesamt	davon in %						
		CDU	SPD	FDP	GDP	SSW	Wählergruppen	Sonstige
unter 1 000 Einw.	9 355	18,7	8,5	4,1	1,0	0,8	65,8	1,0
1 000 - 2 000 Einw.	1 659	34,3	27,4	8,9	4,0	1,1	24,1	0,2
2 000 - 5 000 "	1 334	30,4	36,7	6,6	5,3	1,0	18,6	1,4
5 000 - 10 000 "	648	33,2	40,1	7,1	5,4	2,0	12,2	.
10 000 - 25 000 "	523	36,7	44,7	9,6	2,9	0,8	5,0	0,4
25 000 - 50 000 "	149	43,0	40,9	11,4	2,0	2,7	.	.
Gemeinden zusammen	13 668	23,4	16,8	5,3	2,1	0,9	50,6	0,9
darunter Frauen	170	24,7	48,2	1,2	4,7	0,6	20,0	0,6
Kreisfreie Städte	176	40,3	47,2	6,3	.	6,3	.	.
darunter Frauen	23	34,8	60,9	.	.	4,3	.	.
Vertreter der Kreistage	705	46,7	34,2	12,6	3,8	2,1	0,4	0,1
darunter Frauen	33	30,3	60,6	6,1	3,0	.	.	.
Sitze insgesamt	14 549	24,7	18,0	5,7	2,1	1,0	47,5	0,8
darunter Frauen	226	26,5	51,3	1,8	4,0	0,9	15,0	0,4

Die Frau in der Gemeindevertretung

Der Anteil der Frauen an den gewählten Vertretern der Kreis- und Gemeindewahlen ist mit 226 oder 1,6% überraschend gering und entspricht bei weitem nicht ihrem Stimmenanteil. In den Gemeinden bis zu 2 000 Einwohnern bleibt der Anteil weit unter 1%; er ist am höchsten in den kreisfreien Städten mit 13%.

Die Hälfte aller gewählten Frauen (51%) waren von der SPD aufgestellt, deren Frauenanteil fast 5% beträgt; in den Gemeinden über 15 000 Einwohner und in den Kreisen sind ein Zehntel aller SPD-Vertreter Frauen, in den kreisfreien Städten steigt dieser Anteil auf 17%.

Ein reichliches Viertel aller gewählten Frauen gehört der CDU an; fast 2% aller CDU-Vertreter sind Frauen. In den Kreisvertretungen erhöht sich dieser Anteil auf 3%, in den kreisfreien Städten auf 11%.

Ergebnisse einer Sonderauszählung

Nach § 10 in Verbindung mit § 9 des GKWG stehen in den Gemeinden bis zu 2 000 Einwohnern den Wahlberechtigten so viele Stimmen zu, wie unmittelbare Vertreter zu wählen sind, da in diesen Gemeinden nur ein Wahlbezirk gebildet wird. Der Wähler hatte also

4 Wahlstimmen in Gemeinden mit 71 - 200 Einwohnern
5 " " " " " 201 - 750 " "
6 " " " " " 751 - 2 000 " "

In den Gemeinden mit 2 001 - 5 000 Einwohnern werden in 3 Wahlbezirken je 3 unmittelbare Vertreter gewählt, der Wähler kann demnach 3 Bewerber nominieren. Die Gemeinden mit 5 001 - 10 000 Einwohnern teilen sich in 5 Wahlbezirken mit je 2 unmittelbar zu wählenden Vertretern auf. In allen übrigen Gemeinden und in den kreisfreien Städten kann in jedem Wahlbezirk nur ein unmittelbarer Vertreter gewählt werden.

In 22 Gemeinden mit insgesamt 13 537 Wahlberechtigten und 9 788 Wählern, denen bei der Gemeindewahl ein Mehrstimmrecht zustand, wurden die abgegebenen Stimmzettel sowohl auf ihren Ausnutzungsgrad wie auch darauf, in welchem Ausmaß der Wähler seine Stimmen verschiedenen Parteien gab, untersucht. Zum Verständnis der folgenden Ausführungen sei noch darauf hingewiesen, daß der Wähler seine Wahlstimmen nicht voll ausnutzen mußte. War er ein "Teil-Wähler", so war seine - begrenzte - Stimmenabgabe dennoch gültig. Seine nicht ausgenutzten Wahlstimmen galten als nicht abgegeben und wurden als "ungültig" gezählt. Waren auf dem Stimmzettel mehr Kreuze angebracht, als dem Wähler Wahlstimmen zustanden, wurde der ganze Stimmzettel ungültig.

Der Ausnutzungsgrad der Stimmzettel bei Mehrstimmrecht

Eine Auszählung der Stimmzettel nach dem Ausnutzungsgrad ergab, daß auffallend viele Wähler ihr Stimmrecht nicht voll ausgenutzt haben. So betrugen bei der Kreiswahl die Stimmenverluste in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen in den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern 3,4%, in den Gemeinden von 10 000 bis zu 50 000 Einwohnern 2,7% und in den kreisfreien Städten 1,0%. Bei der Gemeindewahl betrug der Prozentsatz der ungültigen Stimmen (einschl. der nicht ausgenutzten Wahlstimmen) in den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern insgesamt knapp 20%.

In den kleinsten Gemeinden, in denen der Wähler vier Wahlstimmen hatte, wiesen mehr als die Hälfte der Stimmzettel weniger als vier Kreuze auf! Dieser Prozentsatz fällt mit zunehmender Gemeindegrößenklasse.

Von den 575 000 Wählern der Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern, die ein Mehrstimmrecht hatten, haben ein Drittel ihr Stimmrecht nicht voll ausgenutzt. Dieser Prozentsatz ist umso höher je kleiner die Gemeinde ist. Es ist zu vermuten, daß der Wähler nicht immer sein Stimmrecht richtig zu handhaben wußte. Die Unsicherheit des Wählers mag dadurch verstärkt worden sein, daß z. B. in einer kreis-

angehörigen Gemeinde mit 500 Einwohnern der Wahlberechtigte am gleichen Tage sowohl die Gemeinde- wie auch die Kreisvertreter zu wählen hatte, also einen Stimmzettel fünfmal (Wahl der Gemeindevertreter) und einen weiteren Stimmzettel einmal (Wahl des Kreisvertreters) anzukreuzen hatte; ein halbes Jahr zuvor hatte er - was ihm noch erinnerlich sein dürfte - den Bundestag mit zwei Stimmen zu wählen. Auf dem Stimmzettel zur Bundestagswahl war überdies die Erststimme von der Zweitstimme deutlich voneinander getrennt. - Auffallend hoch ist der Prozentsatz der sogenannten Teil-Wähler in den kleinsten Gemeinden, in denen der Wähler 4 Wahlstimmen hatte. In der Regel kandidiert in dieser Gemeindegrößenklasse nur eine Partei oder Wählergruppe; das dürfte in rund 80% aller dieser Gemeinden der Fall gewesen sein. Ein Wähler würde also nur dann seine Stimme voll ausgenutzt haben, wenn er alle vier auf diesem Stimmzettel aufgeführten Bewerber angekreuzt hätte. Es ist nun zu berücksichtigen, daß die Gemeindewahl in sehr viel stärkerem Maße als die Landtags- oder die Bundestagswahl eine Wahl der Person ist. Je kleiner die Gemeinde ist, umso bekannter sind die aufgestellten Bewerber und umso mehr wird auch der Bewerber und weniger die Partei gewählt. Bei einem ihm nicht genehmen Kandidaten konnte der Wähler in den kleinsten Gemeinden häufig nicht auf einen anderen Bewerber ausweichen, also verzichtete er lieber auf eine oder zwei seiner 4 Wahlstimmen. Eine Unsicherheit des Wählers gegenüber dem Wahlvorgang kann auch daraus geschlossen werden, daß die Wählergruppe, die nur ein Kreuz auf dem Stimmzettel anbrachte, nach der Wählergruppe, die "richtig" - d. h. voll die Stimme ausnutzend - wählte, vor allen anderen Gruppen die stärkste ist. Die Zahl der Wahlstimmen (die möglichen Stimmen des einzelnen Wählers) und der aufgestellten Kandidaten stimmten am häufigsten in den kleinen Gemeinden überein. Folgerichtig war auch die Wählergruppe, die vorsichtshalber nur ein Kreuz auf dem Stimmzettel anbrachte, um ihn nicht ungültig zu machen, in der kleinsten Gemeindegrößenklasse mit 31,1% am größten. Sie fällt in den nächsten Größenklassen auf 16% ab

Tab. 7 Der Ausnutzungsgrad der Stimmzettel

Zustehende Wahlstimmen	Gemeindegrößenklasse	Stimmzettel, die ... angekreuzt waren						
		überhaupt nicht	einmal	zweimal	dreimal	viermal	fünfmal	sechsmal
		in % aller abgegebenen Stimmzettel						
6	751 - 2 000 Einw.	2,5	16,0	3,8	4,2	3,3	3,7	66,5
5	201 - 750 "	1,4	16,9	8,0	8,6	7,6	57,5	-
4	71 - 200 "	2,5	31,1	11,6	7,5	47,2	-	-
3	2 001 - 5 000 "	2,7	15,7	6,7	75,0	-	-	-
2	5 001 - 10 000 "	2,0	22,1	75,9	-	-	-	-
1	10 001 - 15 000 "	2,7	97,3	-	-	-	-	-

Die fett gedruckten Prozentwerte geben die Anteile der Wähler je Gemeindegrößenklasse an, die von ihren Wahlstimmen voll Gebrauch machten

und steigt dann bei den Gemeinden mit Zweistimmenrecht wieder auf 22% an. Hier dürfte der Anteil der Wähler, die in voller Absicht ihr Stimmrecht nicht voll ausnutzten - sie verteilen sich in den kleineren Gemeinden mehr auf die übrigen Gruppen der Teilwähler - relativ hoch gewesen sein.

Die Stimmenverluste in den Gemeinden mit Mehrstimmenrecht waren demgemäß beträchtlich hoch. Sie betragen in den kleinsten Gemeinden ein Drittel aller Wahlstimmen, sie nehmen mit wachsender Gemeindegrößenklasse ab.

Tab. 8 Die Stimmenverluste

Gemeindegrößenklasse	Nicht ausgenutzte Wahlstimmen bei Stimmzetteln, die ... angekreuzt waren						
	überhaupt nicht	einmal	zweimal	dreimal	viermal	fünfmal	insges. ¹
751 - 2 000 E.	2,5	13,3	2,5	2,1	1,1	0,6	22,2
201 - 750 "	1,4	13,5	4,8	3,4	1,5	-	24,7
71 - 200 "	2,5	23,3	5,8	1,9	-	-	33,5
2 001 - 5 000 "	2,7	10,4	2,2	-	-	-	15,4
5 001 - 10 000 "	2,0	11,1	-	-	-	-	13,1
10 001 - 15 000 "	2,7	-	-	-	-	-	2,7

1) die Anteilsätze wurden mit der Zahl der Wähler der Gemeindegrößenklasse bei der Kreistagswahl gewichtet

Der Stimmenverlust aller Gemeinden mit Mehrstimmenrecht beläuft sich auf insgesamt 19,6%, er ist umso höher, je kleiner die Gemeinde ist. Der Verlust ist mit Abstand dort am geringsten, wo der Wähler nur eine Wahlstimme hatte.

Ausnutzung der Möglichkeiten des Mehrstimmenrechts

Im Gegensatz zu den gleichen Untersuchungen anlässlich der Bundestagswahl läßt sich eine exakte Angabe über die Häufigkeit der Kombination von Parteien nicht machen, da in den Gemeinden mit Mehrstimmenrecht sehr häufig weniger Parteien kandidierten als der Wähler Stimmen hatte.

So haben in acht der 10 ausgewählten kleinsten Gemeinden nur Wählergruppen kandidiert, in einer dieser Gemeinden stand noch ein Einzelbewerber auf dem Stimmzettel und nur in einer Gemeinde hatte die Wählergruppe und die FDP je 4 Vertreter nominiert. Auch in den übrigen hier untersuchten Gemeinden haben bei weitem nicht alle bei der Bundestagswahl vertretenen Parteien sich um den Wähler bemüht. Neben der Wählergruppe ist es meist nur eine, hin und wieder zwei Parteien, die Kandidaten aufstellten, und nur in einem Fall tritt zu der CDU, der SPD und der Wählergruppe noch ein Einzelbewerber.

Auffällig ist, daß Parteikombinationen bei den Kommunalwahlen sehr viel häufiger als bei den Bundestagswahlen waren. Das liegt nicht nur

darin, daß bei den Gemeindewahlen dem Wähler bis zu sechs Stimmen gegeben wurden, denn auch dort, wo bei der Kommunalwahl der Wähler nur zwei Stimmen hatte, wurden von 8,7% aller Wähler zwei Kandidaten verschiedener Parteien bevorzugt gegenüber nur 4,2% bei der Bundestagswahl.

Tab. 9 Die Ausnutzung des Mehrstimmenrechts

Zustehende Wahlstimmen	Gemeindegrößenklasse	Stimmzettel, auf denen ... gewählt wurde				
		einheitlich, voll un-gültig	voll gültig		teilweise gültig	
			2 Parteien	3 u. mehr Part.	1 Partei	mehrere Part.
in % aller abgegebenen Stimmzettel						
6	751 - 2 000 Einw.	59,7	8,8	0,3	28,4	2,6
5	201 - 750 "	37,8	15,4	5,7	34,8	6,3
4	71 - 200 "	43,1	6,7	-	48,4	1,8
3	2 001 - 5 000 "	61,1	15,1	1,4	20,8	1,5
2	5 001 - 10 000 "	69,2	8,7	-	22,1	-
2	zusammen ¹	56,1	11,9	1,9	27,4	2,7
	dagegen Bundestagswahl 1961 ²	90,0	4,2	-	5,8	-

1) die Anteilsätze wurden mit der Zahl der Wähler der Gemeindegrößenklasse bei der Kreistagswahl gewichtet 2) repräsentativ gewonnenes Ergebnis in den kreisangehörigen Gemeinden. Näheres darüber in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 38 (Februar)

Die Tabelle 9 zeigt das Wahlverhalten der Wähler mit mehreren Wahlstimmen nach Gemeindegrößenklassen. Die erste Spalte gibt den Anteil der Wähler an, die nur eine Partei - also nur die CDU oder SPD oder WG - oder nur ungültig (leerer oder mit Vermerken versehener Stimmzettel) wählten. In den nächsten beiden Spalten sind die Anteile der Wähler an allen Wählern der betreffenden Größenklasse aufgeführt, die bei voller Ausnutzung ihrer Wahlstimmen Kandidaten zweier oder mehrerer Parteien ankreuzten. Die besondere Ausgliederung der Kombination von zwei Parteien erschien zweckmäßig, weil bei den Bundestagswahlen, deren Ergebnisse als Vergleich in der letzten Zeile gebracht werden, nur eine Kombination mit 2 Wahlstimmen möglich war. Die letzten beiden Spalten geben den Prozentsatz der Wähler an, die "Teil-Wähler" waren, also ihre Stimme nicht voll ausnutzten. Hier sind die Teil-Wähler, die Kandidaten einer Partei nominierten - wiederum wegen der Vergleichsmöglichkeit mit den Bundestagswahlergebnissen - besonders ausgegliedert. Eine Untergliederung der Sonderauszählung von Bundestagswahlergebnissen nach Parteikombination liegt für die einzelne Gemeindegrößenklasse nicht vor, deshalb wurde das Ergebnis aller kreisangehörigen Gemeinden zusammen dargestellt.

Auffallend ist, daß bei den Wählern in den Gemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern, die - wie zur Bundestagswahl - zwei Wahlstimmen hatten, der Anteil der Teil-Wähler bei der Gemeindewahl rund viermal höher als zur Bundestagswahl war. Aus diesem sehr hohen Anteil bei der Gemeindewahl kann nun nicht geschlossen werden, daß der Wähler im März 1962 mit dem Kommunalwahlverfahren im gleichen Ausmaße, wie es diesem hohen Anteil entspricht, weniger vertraut als mit dem Bundestagswahlverfahren gewesen wäre. Vielmehr dürfte

entscheidend gewesen sein, daß die Wahl der Persönlichkeit bei der Wahl der Gemeindevertreter viel stärker im Vordergrund steht als bei der Bundestagswahl. Ein hoher Prozentsatz von Wählern hat offensichtlich bei der Gemeindevahl seine Stimme nicht all den Kandidaten geben können, die seine Parteirichtung vertraten. Er mochte aber in vielen Fällen einen Kandidaten einer anderen Partei ebensowenig nominieren.

Betrachtet man jedoch die einzelnen Parteikombinationen einiger Wähler, sind diese derart eigenartig, daß zumindest diese sich nur mit einer gewissen Unsicherheit des Wählers mit dem Wahlvorgang erklären lassen. So wurde z. B. in einer Gemeinde, in der die Wähler 6 Wahlstimmen zu vergeben hatten und in der sowohl die CDU wie auch die SPD und der SSW Kandidaten aufgestellt hatten, von 15 Wählern Kandidaten aller drei Parteien angekreuzt; sechs von ihnen nutzten dabei ihr Stimmenrecht nicht voll aus. In einer anderen Gemeinde entschieden sich 32 Wähler mit ihren drei Wahlstimmen gleichmäßig für je einen Kandidaten der CDU, der SPD und der Wählergruppe. In einer weiteren Gemeinde mit einem Fünfstimmenrecht gab es 56 Wähler, die sich sowohl für Kandidaten der CDU, der SPD wie auch der Wählergruppe oder den Einzelbewerber entschieden hatten. Über die Beweggründe dieser Kombinationen kann wohl nur eine Umfrage bei den Wählern selbst völlige Klarheit schaffen.

Immer wieder lassen Ergebnisse der Sonderauszählungen erkennen, daß bei den Kommunalwahlen der aufgestellten Einzelpersonlichkeit erhebliche Bedeutung zukommt, wie es auch die Ergebnisse der Tabelle 9 erkennen lassen. Aus diesem Grunde sind auch die Parteikombinationen der Wähler (Panaschieren) bei den Kommunalwahlen relativ häufig. In Prozent aller Parteikombinationen ergaben sich bei der Sonderauszählung folgende Häufigkeitsquoten:

CDU/SPD	26,8
SPD/Wählergruppe	23,3
CDU/Wählergruppe	14,6
Wählergruppe/Einzelbewerber	12,9
CDU/GDP	6,9
CDU/SPD, Wählergruppe	5,8
SPD/GDP	2,8
CDU/SSW	2,1
CDU/SPD/SSW	1,1
CDU/SPD/Einzelbewerber	1,0

Sieben Kombinationen, die unter 1% aller Fälle lagen, sind hier nicht aufgeführt. Interessant ist, daß die am häufigsten vorkommende Kombination die zwischen CDU und SPD ist. Die Häufigkeitsquote der Kombination beider Parteien allein beträgt fast 27%; zählt man zu dieser Parteikombination auch die hinzu, bei denen die CDU und SPD mit anderen Parteien zusammen gewählt wurde (z. B. CDU, SPD, Wählergruppe), ergibt sich ein Anteil von über 35% an allen Kombinationsfällen. Bei der Bundestagswahl stand - bei geringerer Zahl der Kombinationsfälle - an der Spitze der Kombinationen die von CDU und FDP mit 42%; die CDU und SPD folgte mit 15,9% an zweiter Stelle. Es muß allerdings nochmals darauf hingewiesen werden, daß die Möglichkeit von Kombinationen bei den Gemeindevahlen relativ gering und innerhalb der Gemeindegrößenklassen unterschiedlich waren, in den kleinsten Gemeinden konnte der Wähler häufig keinen Gebrauch davon machen. Aus diesem Grunde wurde dort auch nur von 6,7% der Wähler panaschiert; in diesen Gemeinden ist - obwohl der Wähler vier Wahlstimmen hatte - kein Fall von einer Kombination zwischen drei oder gar vier Parteien vorgekommen. Die Zahl der aufgestellten Parteien bei der Bundestagswahl war auch mit insgesamt 8 Parteien sehr viel höher als bei den Gemeindevahlen, bei denen außer Einzelbewerbern, Parteilos und Wählergruppen nur noch 5 Parteien Vertreter aufgestellt hatten, die sich aber kaum jemals zusammen in einer Gemeinde zur Wahl stellten.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Die Bodennutzungssysteme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

Kennzeichnung der Betriebsstruktur durch Bodennutzungssysteme

Es ist die Hauptaufgabe der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik, die landwirtschaftliche Betriebsstruktur darzustellen. Dabei gilt es, die vielfältigen landwirtschaftlichen Produktionsstätten sinnvoll zu gruppieren. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts wurden solche Gruppierungen fast ausschließlich nach der Flächengröße der Betriebe vorgenommen, und zwar entweder nach der Gesamtfläche oder nach der

eigentlichen landwirtschaftlichen Produktionsfläche, der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Nun ist die Flächengröße allein aber nur ein sehr unvollkommenes Strukturmerkmal. Zwar können aus ihr bei genügend großen Massen z. B. gewisse Schlüsse auf den möglichen Produktionsumfang der Betriebe gezogen werden, über die Art oder Richtung dieser Produktion wird dagegen direkt nichts ausgesagt.

Seit nunmehr etwa 30 Jahren - Ansatzpunkte hierzu liegen noch weiter zurück - sind daher

verschiedene Versuche unternommen worden, diesen Mangel abzuschaffen. Ausgehend von der Überlegung, daß der Boden der Träger der eigentlichen landwirtschaftlichen Produktion ist, wurden von verschiedenen Autoren Systeme unterschiedlicher Bodennutzungsverhältnisse entwickelt, sogenannte Bodennutzungssysteme, in die sich die landwirtschaftlichen Betriebe entsprechend ihrer Bodennutzung einordnen lassen. Mit Hilfe einer solchen Systematik ist es möglich, bereits sehr viel weitergehende Aussagen über die Eigenarten der Betriebe, z. B. hinsichtlich ihrer Produktionsverhältnisse oder ihrer sonstigen betriebswirtschaftlichen Situation, zu treffen. Insbesondere gilt das bei Kombination mit der Betriebsgrößengliederung und mit Mengenangaben, z. B. über den Arbeitskräfte- und Maschinenbesatz sowie über den Viehbestand der Betriebe.

Andererseits darf die Aussagefähigkeit einer solchen Systematik für die Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur jedoch nicht überschätzt werden. Isoliert betrachtet, d. h. ohne Kombination mit Mengenangaben über Viehbestand, Zugkraftbesatz usw., liefert das Bodennutzungssystem streng genommen nur eine Information über die Bodennutzung und damit über die Bodenproduktion. Über die Verwertung dieser Produktion wird dagegen direkt nichts ausgesagt. Zwar sind aus der Art der Bodennutzung gewisse Rückschlüsse auf die Verwertung und damit auf das Betriebsganze möglich. Diese Möglichkeit ist jedoch bei den einzelnen Systemen nur in sehr unterschiedlichem Maße gegeben, so daß die Darstellung der Gesamtbetriebsstruktur unvollständig bleiben muß. So läßt sich z. B. über die Betriebe, deren Bodennutzung auf extremen Futterbau ausgerichtet ist, mit großer Bestimmtheit sagen, daß es sich um Rindviehhaltungsbetriebe handelt. Vielleicht kann auch über die Betriebe mit extremem Hackfrucht- oder Getreidebau gesagt werden, daß der größte Teil von ihnen einen relativ umfangreichen Direktverkauf von Bodenerzeugnissen haben dürfte. Bei allen Übergangssystemen jedoch bleibt die Verwertungsrichtung weitgehend offen. Aus der näheren Untersuchung des Materials ist bekannt, daß es sich in Schleswig-Holstein auch hier zum größten Teil um Betriebe handelt, die überwiegend auf die Rindviehhaltung eingestellt sind.

Da durch das Bodennutzungssystem also im wesentlichen nur ein Teil des Betriebsganzen dargestellt wird, ist es nicht richtig, in der Benennung der Systeme den Begriff "System" dem Begriff "Betrieb" gleichzusetzen, wie es in der Praxis meistens geschieht. Ein Betrieb, dessen landwirtschaftliche Nutzfläche z. B. zu 17% mit Hackfrüchten, zu 38% mit Getreide und zu 45% mit Futterfrüchten bestellt ist, kann zwar

dem Bodennutzungssystem Hackfrucht-Getreidebau zugeordnet werden, er kann aber nicht umfassender als Hackfrucht-Getreidebaubetrieb bezeichnet werden, da er seinem Gesamtcharakter oder wirtschaftlichem Schwerpunkt bzw. seiner Produktionsrichtung nach durchaus auch ein Rindvieh- oder Schweinehaltungsbetrieb sein kann.

Wenn auf die Art der Verwertung - also z. B. Rindviehhaltung, Schweinehaltung, Verkaufsfrucht - schon nur in eingeschränktem Maße geschlossen werden kann, so gilt das natürlich in noch stärkerem Maße, wenn es um die Verwertungsrichtung geht; bei der Rindviehhaltung z. B. also um die Frage, ob Mast, Aufzucht oder Milchviehhaltung im Vordergrund steht. Zum Teil sind diese Dinge jedoch stark landschaftsgebunden, so daß eine regionale Gliederung des Materials, z. B. nach Natur- oder ähnlichen Wirtschaftsräumen, weiterhilft.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Gliederung der Betriebe nach Bodennutzungssystemen in erster Linie eine betriebswirtschaftliche Klassifizierung der Betriebe nach ihrer Anbaustruktur darstellt. In gewissen Grenzen werden damit die Unterschiede in der Intensität der Bodenbewirtschaftung zum Ausdruck gebracht, jedoch auch hier wieder bei den einzelnen Systemen in unterschiedlichem Maße. Die Gliederung nach Bodennutzungssystemen sollte durch Kombination mit der auf gleicher Stufe stehenden Verwertungsart oder -richtung zu dem übergeordneten Begriff des Betriebssystems weiterentwickelt werden. Dadurch würde sich der Anschluß zu der auch diesem Begriff übergeordneten Gliederung nach Hauptbetriebsarten oder Hauptproduktionsrichtungen ergeben und eine lückenlose Systematik der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur erreichbar sein. *(Einige Überlegungen zu diesem Thema erscheinen demnächst in "Agrarwirtschaft".)*

Die Bodennutzungssysteme
des wissenschaftlichen Beirats beim BML

Die heute gebräuchlichste Systematik der Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe ist das vom wissenschaftlichen Beirat beim BML aufgestellte Schema der Bodennutzungssysteme. Diese Systematik hat ihre besondere Bedeutung darin, daß sie zur Unterscheidung von Betriebsgruppen beim jährlich von der Bundesregierung zu erstattenden Grünen Bericht entwickelt worden ist und entsprechend verwandt wird. Die Agrarstatistik hat die Aufgabe, den Rahmen zur Verallgemeinerung der für den Grünen Bericht am Buchführungsmaterial gewonnenen Erkenntnisse über die Rentabilitätslage der Betriebe zu liefern. Daher sind für die bei der Landwirtschaftszählung 1960 erfaßten Betriebe die Bodennutzungssysteme nach dem Abgrenzungsschema des wissen-

schaftlichen Beirats beim BML verwendet worden.

Das Bodennutzungssystem eines Betriebes wird durch die Anteile der drei Bodennutzungszweige Hackfrucht, Getreide, Futterbau an der landwirtschaftlichen Nutzfläche bestimmt. (Für das Sonderkultursystem ist nur der Anteil der Sonderkulturen maßgebend.) Je nach dem Zusammenspiel dieser drei Zweige sind besondere Bereiche abgegrenzt worden, aus deren Benennung das Typische der Bodennutzung der ihnen zugeordneten Betriebe hervorgeht. Insgesamt wurden 14 solcher Bodennutzungssysteme abgegrenzt, die sich wiederum zu 5 Gruppen zusammenfassen lassen. Einzelheiten über Abgrenzung, Benennung und Gruppierung zeigt die folgende Übersicht.

Bezeichnung der Gruppe des Systems	Kurzbezeichnung	Anbau in % der landwirtschaftl. Nutzfläche			
		Sonderkulturen	Hackfrüchte	Getreide	Futterbau
Sonderkulturen		10 u.m.			
Sonderkulturen	S	10 u.m.			
Hackfruchtbau			15 u.m.		
Zuckerrübenbau ¹	Z		25 u.m.		
Kartoffelbau ¹	K		25 u.m.		
Gemüse ¹	G		25 u.m.		
Gemischt. Hackfruchtbau	HM		25 u.m.		
Hackfrucht-Getreidebau I	HG I		20 - 25	20 u.m.	0 - 50
Hackfrucht-Getreidebau II	HG II		15 - 20	20 u.m.	0 - 50
Hackfrucht-Futterbau	HF		15 - 25	0 - 30	50 u.m.
Getreidebau		unter 10	0 - 15	30 u.m.	
Getreide-Hackfruchtbau	GH		10 - 15	30 u.m.	0 - 60
Getreide-Futterbau	GF		0 - 10	30 - 60	40 - 70
Futterbau²			0 - 15	0 - 30	60 u.m.
Futterbau I	F I		0 - 15	0 - 30	60 - 80
Futterbau II	F II		0 - 15	0 - 20	80 u.m.
Sonstige					
Gemischte Anbauverhältn.	HGF		10 - 15	20 - 30	40 - 60
Unbestimmte Anbauverh.	uA		.	.	.

1) Zuckerrübenbau-, Kartoffelbau- und Gemüsebausysteme sind solche Hackfruchtbausysteme, bei denen der Anteil der das Bodennutzungssystem bezeichnenden Hackfrucht mindestens 50 % der gesamten Hackfruchtfläche und 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmacht. Sie sind in dieser Ausarbeitung zusammen mit dem System HM zum System H zusammengefaßt worden. 2) Die Definitionen des Futterbau-I- und Futterbau-II-Systems sind gegenüber früheren Auszahlungen vertauscht worden.

Die entscheidenden Prinzipien dieser Abgrenzung liegen in der Gewichtung der einzelnen Fruchtarten und damit verbunden in der Abstufung der Bedingungen, die für die Zuteilung der Betriebe zu den Gruppen gestellt sind. Für die Zuteilung zur Sonderkulturgengruppe gilt die alleinige Bedingung, daß mindestens 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Sonderkulturen bebaut werden. In der Hackfruchtbaugruppe müssen mindestens 15% mit Hackfrüchten, daneben aber weniger als 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Sonderkulturen bestellt sein. Die Zuordnung zur Getreidebaugruppe erfolgt immer dann, wenn mindestens 30% der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Getreide, aber weniger als 10% mit Sonderkulturen und weniger als 15% mit Hackfrüchten bestellt sind. Für die Futterbaugruppe schließ-

lich gilt die vierfache Bedingung, daß mindestens 60% der landwirtschaftlichen Nutzfläche dem Futterbau und weniger als 10% den Sonderkulturen, weniger als 15% dem Hackfruchtbau und weniger als 30% dem Getreidebau dienen. Durch diese Staffelung der Bedingungen wird eine unterschiedliche Bewertung bzw. Gewichtung der am Anbau auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche beteiligten Fruchtgruppen vorgenommen. Dadurch kommen die im allgemeinen als intensiver angesehenen Fruchtgruppen bei der Benennung des Systems stärker zum Zuge als die weniger intensiven. Auf die Frage, ob die Gewichtung zweckmäßig gewählt wurde, kann hier nicht näher eingegangen werden.

Leider enthält diese Systematik zwei technische Mängel, deretwegen eine große Zahl durchaus normaler und gut bestimmbarer Betriebe dem System "unbestimmte Anbauverhältnisse" zugeordnet werden muß. Einmal ist nämlich der extreme Getreidebaubereich (50% und mehr der landwirtschaftlichen Nutzfläche Getreidebau, 0 - 10% Hackfruchtbau, 0 - 40% Futterbau) in der Systematik unberücksichtigt geblieben, zum anderen sind das Gartenland, die Ölfrüchte und einige andere Handelsgewächse sowie die Hülsenfrüchte und die Brache keinem der drei Bodennutzungszweige zugeordnet worden. Sind die Anteile der nicht zugeordneten Früchte nicht allzu groß, so fallen die Betriebe in verschiedene Systeme, deren Abgrenzung sehr weit gefaßt ist. Sind sie dagegen erheblich, so fallen sie, wie die auf extremen Getreidebau eingestellten Betriebe, in das System "unbestimmte Anbauverhältnisse". Für die Zukunft erscheint hier eine Korrektur unerlässlich. In welchem Umfang sich diese Mängel auswirken, wird am Schluß dieser Betrachtung gezeigt.

Von der Hackfrucht- in die Getreidebaugruppe

Zum ersten Mal sind die Bodennutzungssysteme nach der Systematik des wissenschaftlichen Beirats beim BML aus den Unterlagen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 für alle Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche bestimmt worden. Die zweite vollständige Auszählung erfolgte jetzt nach dem Stand der Landwirtschaftszählung 1960. Dazwischen wurde 1956 an Hand einer zehnpromzentigen

Tab.1 Zahl der Betriebe nach Bodennutzungssystemgruppen

Gruppe der Bodennutzungssysteme	Anzahl der Betriebe mit 5 und mehr ha landwirtsch. Nutzfläche			Meßzahlen 1949 = 100	
	1949	1956	1960	1956	1960
Sonderkulturen	337	479	560	142	166
Hackfruchtbau	14 500	9 933	7 562	69	52
Getreidebau	9 972	17 054	17 196	171	172
Futterbau	12 546	11 930	11 270	95	90
Unbestimmte oder gemischte Anbauverhältnisse	5 254	3 225	4 685	61	89
Zusammen	42 609	42 621	41 273	100	97

Stichprobe eine repräsentative Auszählung für alle Betriebe mit 5 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche vorgenommen. Um einen Vergleich auch mit der Zwischenauszählung zu ermöglichen, werden in der Tabelle 1 nur die Ergebnisse für die Betriebe mit 5 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche ausgewiesen.

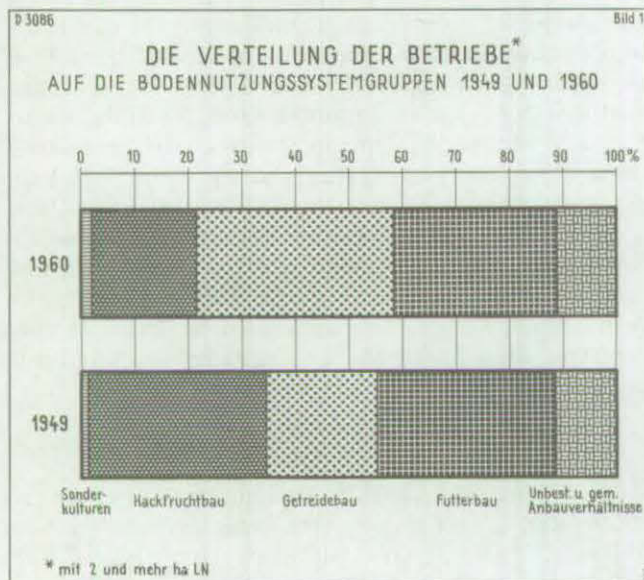
Hier zeigt sich nun sehr deutlich, wie sich die Anbaustruktur der Einzelbetriebe durch die aus den Flächenerhebungen bekannte Anbauverschiebung zwischen den einzelnen Fruchtgruppen verändert hat. Der Anteil der Betriebe in der Bodennutzungssystemgruppe Hackfruchtbau an der Gesamtzahl der Betriebe ist von 34% im Jahre 1949 auf 18% im Jahre 1960 gesunken. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Getreidebaugruppe von 23% auf 42% gestiegen. Relativ wenig hat sich dagegen der Umfang der Futterbaugruppe verändert. Ihr Anteil betrug 1960 27%. Die Zunahme der Betriebe mit starkem Sonderkulturenbau dürfte in erster Linie eine Folge der Ausbreitung des bäuerlichen Erwerbsobstbaues sein. Bezieht man die Betriebe

von 2 - 5 ha Größe mit in die Betrachtung ein, so verschieben sich die Anteile etwas. Für die Jahre 1949 und 1960 zeigt das die Abbildung 1.

Es ist nicht möglich, die Entwicklung der Anbaustruktur jedes Einzelbetriebes zu verfolgen, um dann die tatsächlichen Verschiebungen zwischen den einzelnen Bodennutzungssystemen näher aufzeigen zu können. Die Statistik weist immer nur den Saldo aus, der sich aus den zum Teil gegenläufigen Veränderungen der einzelnen Betriebe innerhalb eines Zeitabschnittes ergibt. An Hand der hier vorliegenden Zahlen kann jedoch gesagt werden, daß die Masse der Veränderungen im abgelaufenen Jahrzehnt in dem Überwechseln der Betriebe von den Hackfruchtbausystemen in die Getreidebausysteme bestand.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen darin, daß die Mechanisierung zum Zwecke des Ersatzes von Handarbeit im Getreidebau ungleich viel schneller und weiter vorangetrieben werden konnte als im Hackfruchtbau. Die Getreideernte tritt demzufolge heute nicht mehr in gleichem Maße wie früher als Arbeitsspitze hervor. Umso drückender wurden die Arbeitsspitzen in der Hackfruchtpflege und -ernte, zumal die Arbeitskräfte immer knapper wurden. Dies führte dann, neben anderen Gründen, zu einer Einschränkung des Hackfruchtbaues sowie Ausdehnung des Getreidebaues und damit zu einer Umstellung im Bodennutzungssystem.

Was sich aus Tabelle 1 für die Bodennutzungssystemgruppen ergab, zeigt Tabelle 2 für die Einzelsysteme und Betriebsgrößen. Hier ist außerdem unter Verzicht auf den Nachweis für das Jahr 1956 die Betriebsgrößenklasse 2 - 5 ha mit aufgenommen worden. Da der in diesem Zusammenhang angestrebte Strukturvergleich bei einer Darstellung mit absoluten Zahlen durch die Veränderung in der Zahl der Betriebe je Betriebsgrößenklasse von 1949 bis 1960 gestört worden wäre, ist in der Tabelle 2 die



Tab. 2 Die Verteilung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe auf die Bodennutzungssysteme 1949 und 1960

Größenklasse der landw. Nutzfläche	Jahr	Betriebe insgesamt	davon entfallen auf das Bodennutzungssystem										
			S	H	HG I	HG II	HF	GH	GF	F I	F II	HGF	uA
			in %										
2 - 5 ha	1949	11 708	3,5	10,5	3,8	4,8	10,7	7,0	4,1	20,1	27,2	3,4	4,8
	1960	8 159	5,7	10,1	3,0	4,5	7,0	7,5	6,2	13,6	33,6	2,2	6,6
5 - 10 ha	1949	9 108	1,9	6,5	5,5	9,0	10,5	13,2	4,8	22,2	18,4	5,0	3,2
	1960	6 720	3,6	4,8	2,6	5,8	4,4	14,5	13,0	18,5	24,6	2,6	5,7
10 - 20 ha	1949	13 816	0,6	4,0	7,1	13,6	11,0	16,1	5,7	23,0	8,1	6,9	3,9
	1960	13 170	1,1	2,8	3,8	8,4	3,2	21,0	20,6	18,6	10,9	2,7	6,8
20 - 50 ha	1949	16 210	0,4	2,9	6,4	15,5	8,4	19,1	7,4	21,4	3,5	8,3	6,7
	1960	17 732	0,8	2,3	3,8	9,1	2,6	21,3	25,0	17,8	4,9	2,7	9,7
50 und mehr ha	1949	3 475	0,3	4,1	8,7	19,8	5,6	21,9	7,8	11,7	3,2	8,6	8,3
	1960	3 651	0,7	3,1	5,4	12,3	1,8	26,4	19,5	9,0	3,5	2,2	16,1
Insgesamt	1949	54 317	1,4	5,5	6,0	11,9	9,7	14,9	5,8	21,0	12,3	6,3	5,1
	1960	49 432	2,1	4,1	3,6	7,9	3,7	18,4	18,7	16,8	13,8	2,6	8,4

relative Verteilung der Betriebe innerhalb der Größenklassen auf die Bodennutzungssysteme dargestellt.

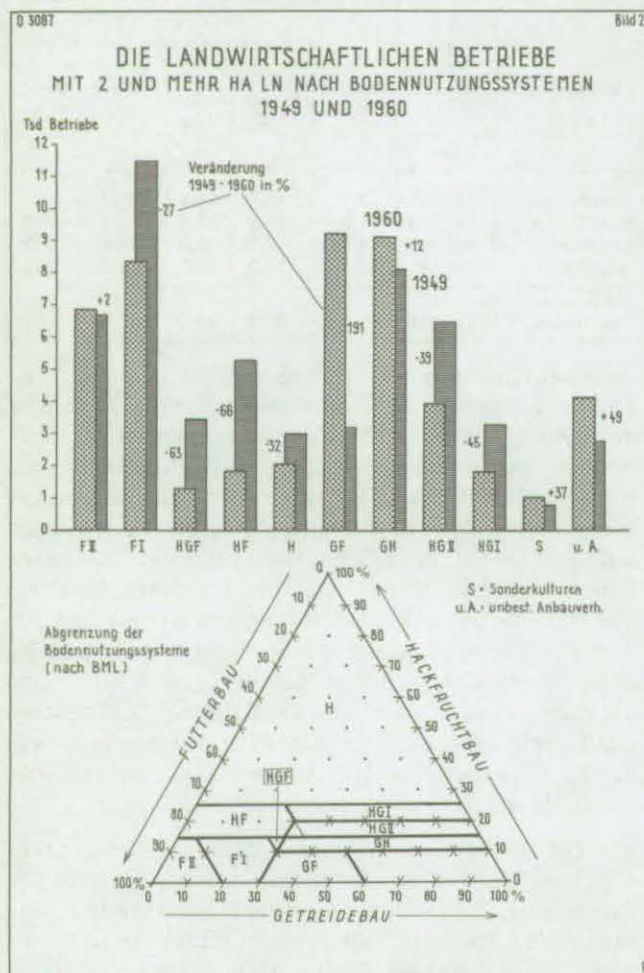
Hier ergeben sich nun einige bemerkenswerte Unterschiede zwischen den einzelnen Größenklassen, sowohl bezüglich der grundsätzlichen Verteilung der Betriebe auf die Bodennutzungssysteme als auch in der Veränderung zwischen 1949 und 1960.

Trotz einer relativ starken Abnahme in der Gesamtzahl hat sich die Verteilung der Betriebe auf die Bodennutzungssysteme in der Betriebsgrößenklasse von 2 - 5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche kaum verändert. In keiner Bodennutzungssystemgruppe sind also Betriebe bevorzugt abgegangen. Das wird dadurch verständlich, daß es sich in dieser Größenklasse, abgesehen von den Betrieben mit Sonderkulturen oder intensivem Hackfruchtbau (Gemüse), wohl ausschließlich um Nebenerwerbslandwirtschaft handelt, bei der die stärker gestiegenen wirtschaftlichen Chancen im außerlandwirtschaftlichen Bereich den Ausschlag für die Aufgabe der Betriebe gegeben haben. Der Schwerpunkt in dieser Größenklasse liegt eindeutig in der Futterbaugruppe. Auf sie entfällt fast die Hälfte der Betriebe. Ein so hoher Anteil wird in keiner anderen Größenklasse erreicht. Innerhalb

dieser Gruppe hat sich jedoch eine bemerkenswerte Verschiebung ergeben. Das Verhältnis vom Futterbau-I- zum Futterbau-II-System hat sich beträchtlich zu Gunsten des letzteren, also des extremen Futterbausystems, verschoben. Hier mag sich nun tatsächlich der reine Grünlandbetrieb, der besonders an der Westküste in der Form des Weidemastbetriebes verbreitet ist, gerade in dieser und der nächsthöheren Größenklasse als beständiger erwiesen haben als der noch einen Rest von Vielseitigkeit anstrebende oder auf eine breitere Winterfütterversorgungs eingestellte Betrieb vom Typ Futterbau I. - Im übrigen sind in dieser Größenklasse das Sonderkulturen- und das extreme Hackfruchtbausystem von relativ großer Bedeutung. Beim Sonderkultursystem handelt es sich im wesentlichen um Baumschulen und Obstbaubetriebe, beim Hackfruchtbausystem um Gärtnereien verschiedenster Richtungen.

Stellen die Betriebe zwischen 2 - 5 ha das Extrem in der einen Richtung dar, so bildet die Größenklasse über 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche das andere Extrem. Sowohl die Größenordnung der Veränderung der Betriebe von 1949 bis 1960 als auch die der grundsätzlichen Verteilung der Betriebe auf die Bodennutzungssysteme liegen in den dazwischenliegenden Größenklassen im großen und ganzen auch zwischen den entsprechenden Werten dieser extremen Größenklassen. Allerdings steigen die im abgelaufenen Jahrzehnt vor sich gegangenen Veränderungen in der Verteilung der Betriebe auf die Bodennutzungssysteme bereits in der Größenklasse 5 - 10 ha im Vergleich zu den kleineren Betrieben sprunghaft an.

Der Schwerpunkt der Betriebe über 50 ha Größe liegt heute eindeutig in der Getreidebaugruppe, während er vor 10 Jahren in der Hackfruchtbaugruppe lag. Das gilt auch für die Betriebe zwischen 10 und 50 ha. Besonders eindrucksvoll wird das heutige Gewicht der Getreidebaugruppe, wenn man ihr noch einen Teil der sogenannten "sonstigen Betriebe" hinzurechnet. Das ist berechtigt, da es sich hier zu einem großen Teil um Betriebe handelt, in denen 50% und mehr der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Getreide bebaut werden. Einzelheiten hierüber werden später angeführt. Bemerkenswert ist weiterhin, daß innerhalb der Getreidebaugruppe der Anteil des Getreidefutterbausystems sehr viel stärker gestiegen ist als der des Getreide-Hackfruchtbausystems. Das gilt für alle Größenklassen und läßt wohl den Schluß zu, daß viele ehemals zum Getreide-Hackfruchtbausystem gehörigen Betriebe in das Getreide-Futterbausystem übergewechselt sind. Ihr Platz wurde dann durch Betriebe aus der Hackfruchtbaugruppe ersetzt.



Tab. 3 Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach Bodennutzungssystemen

Größenklasse der landw. Nutzfläche	Jahr	Betriebe insgesamt	davon gehörten zum Bodennutzungssystem										
			S	H	HG I	HG II	HF	GH	GF	F I	F II	HGF	uA
Zahl der Betriebe													
2 - 5 ha	1949	11 708	412	1 228	446	565	1 247	823	476	2 359	3 187	399	566
	1960	8 159	463	823	242	370	574	615	502	1 113	2 738	179	540
5 - 10 ha	1949	9 108	177	590	498	817	957	1 201	433	2 019	1 674	452	290
	1960	6 720	245	322	178	388	293	973	872	1 242	1 652	174	381
10 - 20 ha	1949	13 816	83	555	987	1 876	1 515	2 218	787	3 184	1 125	948	538
	1960	13 170	149	363	507	1 104	424	2 764	2 708	2 453	1 438	361	899
20 - 50 ha	1949	16 210	67	463	1 032	2 514	1 366	3 097	1 204	3 465	564	1 344	1 094
	1960	17 732	140	411	677	1 616	457	3 769	4 432	3 165	862	475	1 728
50 und mehr ha	1949	3 475	10	144	303	688	195	762	270	405	110	299	289
	1960	3 651	26	112	197	449	64	965	713	330	128	79	588
Insgesamt	1949	54 317	749	2 980	3 266	6 460	5 280	8 101	3 170	11 432	6 660	3 442	2 777
	1960	49 432	1 023	2 031	1 801	3 927	1 812	9 086	9 227	8 303	6 818	1 268	4 136
Naturraum													
Marsch	1960	7 489	246	349	176	319	90	450	1 088	1 052	2 934	64	721
Hohe Geest	1960	15 955	577	640	609	1 026	904	2 016	2 119	4 512	2 330	580	642
Vorgeest	1960	7 883	39	287	371	801	435	1 665	1 252	1 755	598	354	326
Hügelland	1960	18 105	161	755	645	1 781	383	4 955	4 768	984	956	270	2 447

Die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Getreidebausystemen

Bisher ist nur über die zahlenmäßige Verteilung der Betriebe auf die Bodennutzungssysteme berichtet worden. Es ging dabei um die Gliederung der verschiedenen Produktionsstätten, über die im Grünen Bericht Aussagen getroffen werden. Im folgenden werden nun einige Angaben über die Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf die Bodennutzungssysteme gebracht. Dabei steht ein mehr betriebswirtschaftlicher Blickpunkt im Vordergrund. Im allgemeinen gilt nämlich, daß der Intensitätsanspruch der Kulturpflanzen bei den Sonderkulturen am höchsten ist und dann über die Hackfrüchte zum Getreidebau und schließlich zu den Futterpflanzen hin abnimmt. Aus der Organisation der Bodennutzung, die im Bodennutzungssystem zum Ausdruck kommt, kann also auf die Intensität der Bodenbewirtschaftung geschlossen werden. Zwar gilt das nur bei etwas vergrößerter Betrachtungsweise und durchaus nicht für jeden Einzelfall; auf diese Einschränkung braucht hier jedoch nicht näher eingegangen zu werden.

Naturgemäß ist die Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf die Bodennutzungssysteme nicht allzu verschieden von der der Betriebe. Immerhin gehören aber doch 31% der Betriebe der Futterbaugruppe an gegenüber nur 21% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Betriebe dieser Gruppe sind also im Durchschnitt kleiner als die der anderen Gruppen. 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegen in den Hackfruchtbausystemen und 1% entfällt auf das Sonderkultursystem. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche, nämlich 43%, entfällt auf die Getreidebaugruppe. Rech-

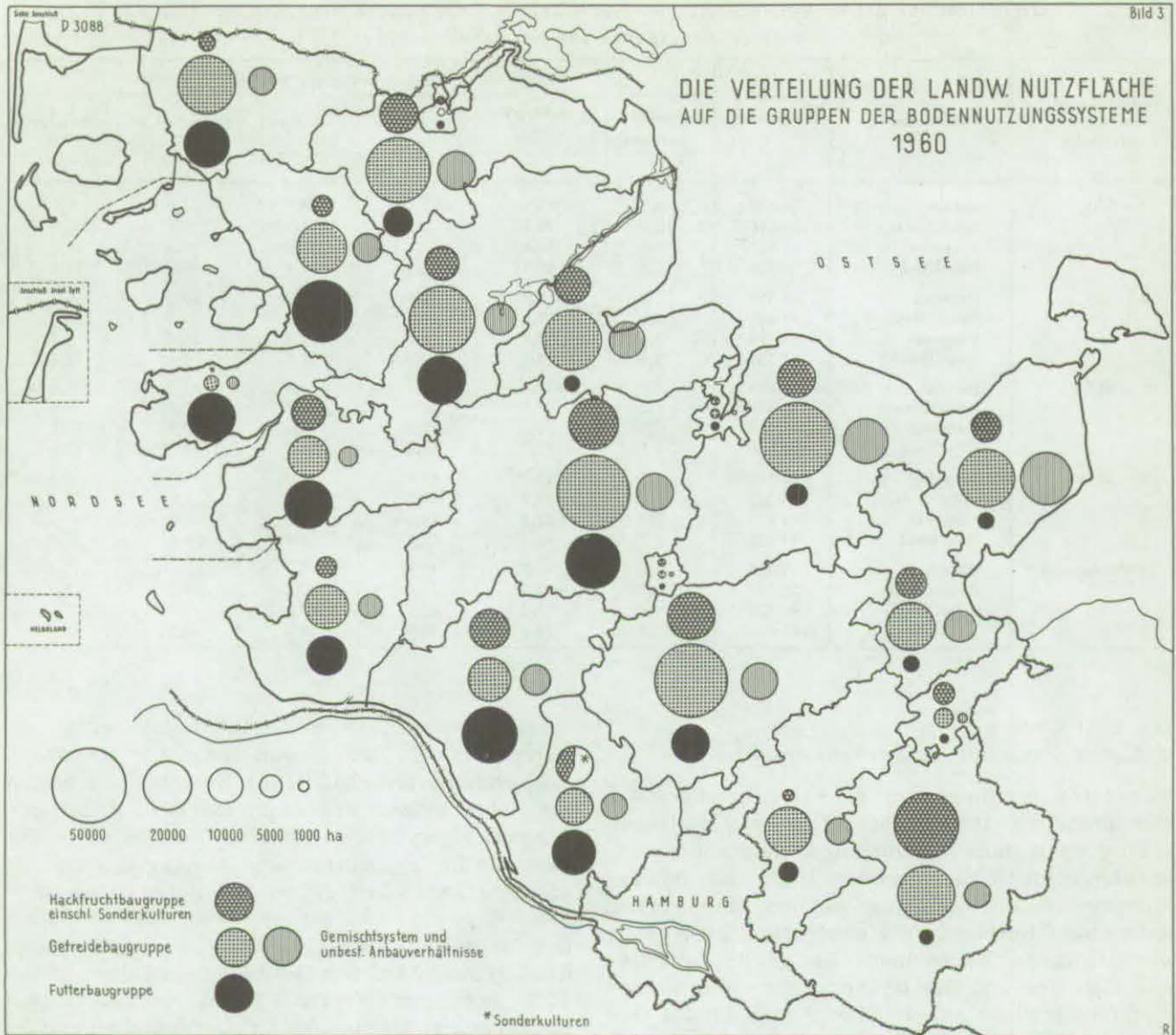
net man hier noch einen Teil der "sonstigen Betriebe" hinzu, so ergibt sich, daß rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Schleswig-Holsteins in Getreidebausystemen weitesten Sinnes bewirtschaftet wird.

Tab. 4 Die Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf die Bodennutzungssystemgruppen 1960

Naturraum	Landw. Nutzfläche	davon in den Gruppen der Bodennutzungssysteme				
		Sonderkulturen	Hackfrucht-bau	Getreidebau	Futterbau	Sonstige
	ha	%				
Marsch	157 448	2,5	13,1	28,2	41,7	14,5
Hohe Geest	314 523	1,6	21,8	32,6	36,1	7,9
Vorgeest	188 998	0,5	24,5	42,0	24,6	8,3
Hügelland	470 581	0,4	19,9	55,7	3,5	20,5
Schleswig-Holstein	1 131 550	1,1	20,3	43,2	21,4	14,1

Beträchtlich sind die Unterschiede in den einzelnen Landesteilen. Von West nach Ost nimmt der Anteil der in Futterbausystemen bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche ab, während der Anteil der Getreidebaugruppe steigt. Der Anteil der Hackfruchtbaugruppe ist auf der Geest am höchsten, und zwar in erster Linie auf der Vorgeest. Dort gehört fast ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu den Hackfruchtbausystemen. Die naturräumliche Darstellung bringt die Unterschiede noch stärker zum Ausdruck als die nach Kreisen. Lediglich einige sehr einheitliche Kreise, wie z. B. Eiderstedt oder Oldenburg, zeigen die Besonderheiten noch schärfer.

Es ist im Rahmen dieser Darstellung nicht möglich, alle Gründe zu isolieren, welche die Form der Bodennutzung eines Betriebes bestimmen. Es kann hier nicht untersucht werden, mit welchen Gewichten diese Bestim-



mungsgründe bei der Bildung des Bodennutzungssystems eines Betriebes mitgewirkt haben. Neben der Betriebsgröße, also dem Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche, hat jedoch der Naturraum, also der natürliche Standort, wohl noch größeren Einfluß. So kommt es, daß sich die landwirtschaftliche Nutzfläche innerhalb der gleichen Betriebsgrößenklasse in den verschiedenen Naturräumen in sehr unterschiedlicher Weise auf die einzelnen Bodennutzungssystemgruppen verteilt. Die Tabelle 5 zeigt hierzu eine Fülle von interessanten Einzelheiten. In dieser Tabelle ist die Futterbaugruppe nach den Systemen I und II unterteilt ausgewiesen, da hierbei einige prägnante Unterschiede in Erscheinung treten.

Besonders kraß treten die großen Unterschiede zwischen den Naturräumen innerhalb der Betriebsgrößenklassen bei der Getreide- und der Futterbaugruppe hervor. In allen Betriebsgrößenklassen nimmt von West nach Ost der Anteil der in den Futterbausystemen bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche stark ab und

der auf die Getreidebaugruppe entfallende Anteil zu. In den Betrieben bis zu 5 ha Größe ist der Anteil des Futterbau-II-Systems in allen Naturräumen größer als der des Futterbau-I-Systems. In der Marsch bleibt das auch durch alle Betriebsgrößen hindurch der Fall, wobei in der Größenklasse 20 - 50 ha allerdings beide etwa den gleichen Umfang haben. In den anderen Naturräumen kehren sich dagegen die Verhältnisse mit steigender Betriebsgröße um. Hier ist der extreme Futterbau also weniger verbreitet als das Futterbau-I-System, in dem der Futterbau zwar immerhin noch mit 60 bis 80% der landwirtschaftlichen Nutzfläche beteiligt ist, in dem daneben aber in der Regel auch Hackfrüchte und Getreide angebaut werden. Gruppiert man gedanklich die Betriebe in der Weise um, daß alle Größenklassen innerhalb eines Naturraumes untereinander stehen, so ergibt sich in den meisten Fällen, daß das Verteilungsbild innerhalb eines Naturraumes einheitlicher ist als innerhalb der nach Naturräumen untergliederten Größenklassen.

Tab. 5 Die Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf die Bodennutzungssystemgruppen nach Größenklassen und Naturräumen 1960

Größenklasse der landw. Nutzfläche	Naturraum	Landw. Nutzfläche	davon in den Bodennutzungssystemgruppen					
			Sonderkulturen	Hackfrucht-bau	Getreidebau	Futterbau I	Futterbau II	Sonstige
		ha	%					
2 - 5 ha	Marsch	4 670	5,1	13,9	5,3	6,7	64,1	5,0
	Hohe Geest	8 616	10,8	20,1	7,5	17,7	37,4	6,6
	Vorgeest	3 021	1,3	32,4	12,1	16,6	26,6	11,0
	Hügelland	10 026	2,4	29,1	24,9	14,3	18,0	11,3
5 - 10 ha	Marsch	7 919	4,2	9,9	10,1	11,2	60,1	4,5
	Hohe Geest	17 435	6,1	17,4	16,4	29,2	24,3	6,6
	Vorgeest	6 510	1,1	23,1	25,7	25,3	16,6	8,1
	Hügelland	17 730	1,4	18,4	50,3	9,2	9,1	11,6
10 - 20 ha	Marsch	26 238	1,9	12,6	20,3	16,1	41,3	7,8
	Hohe Geest	70 317	1,7	19,5	29,0	32,0	9,5	8,3
	Vorgeest	31 103	0,3	22,8	40,2	24,4	5,1	7,1
	Hügelland	70 960	0,5	17,3	63,8	3,7	2,1	12,6
20 - 50 ha	Marsch	84 270	3,1	13,2	31,6	17,8	17,5	16,8
	Hohe Geest	166 207	0,6	20,1	36,2	31,5	3,9	7,7
	Vorgeest	103 873	0,2	22,1	44,1	22,6	1,9	9,1
	Hügelland	187 954	0,2	16,1	64,2	1,6	0,4	17,4
50 und mehr ha	Marsch	34 351	1,0	13,7	33,5	14,3	20,1	17,4
	Hohe Geest	51 948	1,7	32,2	35,7	17,2	4,6	8,7
	Vorgeest	44 491	1,4	31,2	42,6	16,6	1,0	7,1
	Hügelland	183 911	0,4	24,4	46,0	0,6	0,5	28,1

Die Betriebe mit unbestimmten Anbauverhältnissen

Für 4 136 der insgesamt 49 432 Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche konnte nach dem Abgrenzungsschema des wissenschaftlichen Beirats beim BML kein Bodennutzungssystem ermittelt werden. Sie wurden daher als "Betriebe mit unbestimmten Anbauverhältnissen" bezeichnet. Die große Zahl dieser Betriebe und ihr besonders in den oberen Betriebsgrößenklassen hoher Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe gaben Veranlassung, diese Gruppe etwas genauer zu untersuchen und sie zu unterteilen. Wie bereits erwähnt, handelt es sich im wesentlichen um Betriebe mit besonders umfangreichem Getreidebau und um solche, in denen in relativ großem Umfang Frucht- und Nutzungsarten vorhanden waren, die nicht einem der drei Bodennutzungszweige zugeordnet worden sind. Von diesen Frucht- und Nutzungsarten wiederum sind die Ölfrüchte, insbesondere Raps und Rüben sowie die Hülsenfrüchte die wichtigsten. In der Tabelle 6 sind die Betriebe mit unbestimmten Anbauverhältnissen dementsprechend in drei Gruppen aufgeteilt worden. Die erste Gruppe enthält Betriebe, in denen 50% und mehr der nicht den Hackfrüchten oder dem Getreide- oder Futterbau zugeordneten landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Raps oder Hülsenfrüchten oder diesen beiden Früchten bebaut waren. Die zweite Gruppe bilden Betriebe, in denen mehr als 50% der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Getreide, aber weniger als 10% mit Hackfrüchten und weniger als 40% mit Futterpflanzen bestellt worden waren. - In der restlichen Gruppe sind

viele verschiedene Bodennutzungsverhältnisse vorhanden. So ist in den Betrieben zwischen 2 - 5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche vielfach ein hoher Anteil des nicht den drei Bodennutzungszweigen zugeordneten Gartenlandes die Ursache für die Einreihung in diese Gruppe. In anderen Betrieben geben die häufig neben großen Rapsflächen vorhandenen Brachflächen (Kulturbrache) die Begründung. In einer besonders großen Zahl von Betrieben entfallen 15 bis 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Hackfrüchte, 30 bis 35% auf Getreidebau und 50 bis 55% auf Futterbau. Dieser Bereich ist im Abgrenzungsschema des wissenschaftlichen Beirats beim BML den "unbestimmten Anbauverhältnissen" zugewiesen worden. Auf diesen Mangel ist bereits früher hingewiesen worden. In wieder anderen Betrieben sind mehrere nicht den drei Bodennutzungszweigen zugeordnete Frucht- und Nutzungsarten gleichzeitig vorhanden, so daß die Anteile von Hackfrüchten, Getreide- und Futterbau an der landwirtschaftlichen Nutzfläche weit unter 100% bleiben. Schließlich sind noch Betriebe anzuführen, in denen Sonderkulturen angebaut werden, deren Anteil jedoch unter 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bleibt. Das ist z. B. häufig in bäuerlichen Betrieben mit Obstbau der Fall.

Die Tabelle 6 zeigt, daß die Anteile der "Betriebe mit unbestimmten Anbauverhältnissen" an den jeweiligen Gesamtzahlen der Betriebe nicht unerheblich sind. In der Größenklasse von 100 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche fällt ein Viertel aller vorhandenen Betriebe in diese Gruppe und von den Betrieben zwischen 50 und 100 ha Größe sind es auch immer-

Tab. 6 Die Betriebe mit unbestimmten Anbauverhältnissen

Größenklasse der landw. Nutzfläche Naturraum	Betriebe mit unbestimmten Anbauverhältnissen		davon		
			Betriebe mit starkem Anbau ¹ von Raps oder Hülsenfrüchten	Betriebe, in denen 50 % und mehr der LN mit Getreide bebaut werden	übrige Betriebe
	Anzahl	% ²	%		
2 - 5 ha	540	6,6	2,8	49,6	47,6
5 - 10 ha	381	5,7	4,2	55,6	40,2
10 - 20 ha	899	6,8	11,7	55,6	32,7
20 - 50 ha	1 728	9,7	34,5	43,4	22,1
50 - 100 ha	444	14,4	54,3	33,3	12,4
100 u. mehr ha	144	25,2	81,9	13,2	4,9
Insgesamt	4 136	8,4	26,4	45,9	27,8
davon					
Marsch	721	9,6	58,1	30,4	11,5
Hohe Geest	642	4,0	5,9	27,9	66,2
Vorgeest	326	4,1	1,8	41,1	57,1
Hügelland	2 447	13,5	25,7	55,8	18,6

1) 50 % und mehr der nicht auf Hackfrüchte, Getreide- und Futterbau entfallenden landwirtschaftlichen Nutzfläche waren mit Ölfrüchten oder Hülsenfrüchten bestellt 2) in % aller in der entsprechenden Größenklasse vorhandenen Betriebe

hin 14%. Besonders hoch ist der Anteil im Hügelland. Es dürfte nicht vertretbar sein, alle diese Betriebe bei einer Strukturdarstellung durch Einreihung in eine "unbestimmte Gruppe" zu vernachlässigen. Fast die Hälfte dieser Betriebe ist wegen ihres extrem umfangreichen Getreidebaues in diese Gruppe gekommen. Mit steigender Betriebsgröße nimmt ihr Anteil ab. Dagegen ist in den großen Betrieben in erster Linie der umfangreiche Raps- und Hülsenfruchtbaue die Ursache für die Zuteilung in diese Gruppe. Die übrigen genannten Begründungen sind vornehmlich in den kleinen und mittleren Betrieben gegeben.

Die Ergebnisse früherer Auszählungen sind im Statistischen Monatsheft 3/1957 auf Seite 82 und im Heft 20 der Schriftenreihe "Statistik von Schleswig-Holstein" mit dem Titel "Über die Betriebsorganisation der Landwirtschaft in den Naturräumen Schleswig-Holsteins" auf Seite 47 ff. veröffentlicht. In der letztgenannten Ausarbeitung sind erstmals an Hand des Koordinatendreiecks nähere Hinweise zur Abgrenzung der Bodennutzungssysteme gebracht.

Dr. Dieter Mohr

Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in Schleswig-Holstein

Vorläufige Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960

Zur Handels- und Gaststättenzählung, die auf Grund eines Bundesgesetzes vom 27. 5. 1960¹ durchgeführt wurde, liegen nunmehr die ersten noch nicht endgültigen Ergebnisse für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe vor. Die Zählung, zu der die Unternehmen der Wirtschaftsbereiche Großhandel, Einzelhandel, Handelsvermittlung, Verlagsbuchhandel sowie Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe befragt wurden, gliedert sich im letztgenannten Wirtschaftsbereich in die "Grunderhebung", zu der alle Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes auskunftspflichtig waren, und die "Ergänzungserhebung", für die nur etwa 6 % aller erfaßten Unternehmen einen zweiten Fragebogen auszufüllen hatten. Die im folgenden besprochenen Ergebnisse sind ausschließlich der Grunderhebung entnommen.

Alle Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, die am 31. 8. 1960 bestanden haben, waren verpflichtet, einen Fragebogen mit den zu diesem Zeitpunkt zutreffenden Angaben auszufüllen. Waren Fragen gestellt, die sich auf einen Zeitraum bezogen (z. B. Umsatz), so waren sie für das Geschäftsjahr 1959 zu beantworten. Erhebungseinheit war das Unternehmen in dem Sinne, wie es im § 2 des Umsatzsteuergesetzes definiert ist. Hieraus folgt, daß jedes Unternehmen die gestellten Fragen unter Einschluß aller gewerblichen Tätigkeiten zu beantworten hatte, die evtl. noch neben dem Handels- oder Gaststätten-gewerbe betrieben wurden. Zwangsläufig ergaben sich bei der Zuordnung einiger Unternehmen mit mehreren gewerblichen Tätigkeiten (z. B. Café und Bäckerhandwerk) gewisse Schwierigkeiten. Es ist grundsätzlich in diesen Fällen nach dem "Schwerpunktprinzip" verfahren worden, d. h. diese Unternehmen wurden dem Wirtschaftsbereich zugeordnet, in dessen Tätigkeit ihr wirtschaftlicher Schwerpunkt lag.

1) Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (BGBl. I, Nr. 26 vom 2. 6. 1960, S. 313 ff.)

Zu bestimmen war der wirtschaftliche Schwerpunkt eines Kombinationsbetriebes (z. B. eines Cafés mit eigener Bäckerei) im Idealfalle nach der Wertschöpfung, der in dem einen und in dem anderen Wirtschaftsbereich erzielt wurde. Das heißt in unserem Beispiel, der Befragte hatte zu entscheiden, ob die Wertschöpfung aus dem Café (Gaststättenbetrieb) oder aus der Bäckerei (Handwerksbetrieb) überwog. Im ersten Falle war das Unternehmen in die Handels- und Gaststättenzählung einzubeziehen, im zweiten nicht. Praktisch konnten aber die Befragten mangels eigener Unterlagen diese Trennung nicht exakt vornehmen, so daß die Bestimmung des Schwerpunktes ihrer Selbsteinschätzung überlassen blieb. Bei Kombinationsbetrieben mit Tätigkeiten in mehr als zwei Wirtschaftsbereichen, von denen mindestens einer nicht von der Handels- und Gaststättenzählung zu erfassen war (z. B. Großhandel, Einzelhandel und Handwerk), wurden zunächst zur Bestimmung des wirtschaftlichen Schwerpunktes die vom Handelszensus zu erfassenden Bereiche zusammengezogen und ihre Wertschöpfung mit derjenigen der nicht vom Handelszensus zu erfassenden Bereiche verglichen und umgekehrt.

Die Zahl der vom Handelszensus erfaßten Unternehmen des Gaststättenwesens kann nicht mit der tatsächlich existierenden Zahl derartiger Betriebe verglichen werden. Das ist auch nicht die eigentliche Aufgabe dieser Zählung. Ihr Zweck ist vielmehr darzustellen, wie sich die einzelnen Tatbestände der Unternehmen des Gaststättenwesens aufgliedern, welche Relationen zwischen den Tatbeständen bestehen und wie sie zu einer Einheit verbunden sind. Es handelt sich also in erster Linie um eine Strukturhebung. Das gleiche gilt für alle anderen vom Handelszensus erfaßten Wirtschaftsbereiche.

In Deutschland ist bisher eine Handels- und Gaststättenzählung in dieser Form noch nicht durchgeführt worden, so daß Vergleiche mit vorangegangenen Zählungen nicht gemacht werden können. Die verwandten Statistiken (z. B. die Fremdenverkehrsstatistik) gehen methodisch von anderen Voraussetzungen aus als der Handelszensus und können deswegen nicht herangezogen werden.

Gliedert man die 6 041 erfaßten Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes nach Betriebsarten, so stellt man fest, daß es sich fast zur Hälfte um Restaurants handelt. Auf diese Betriebsart entfallen 48% aller Unternehmen. Daneben sind noch die Hotels und Gasthöfe mit zusammen 21% und die Fremdenheime und Pensionen (einschl. der Zimmervermietungen) mit 16% aller erfaßten Unternehmen von Bedeutung. Auf alle übrigen in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Betriebsarten entfallen Anteile von höchstens 3% und darunter.

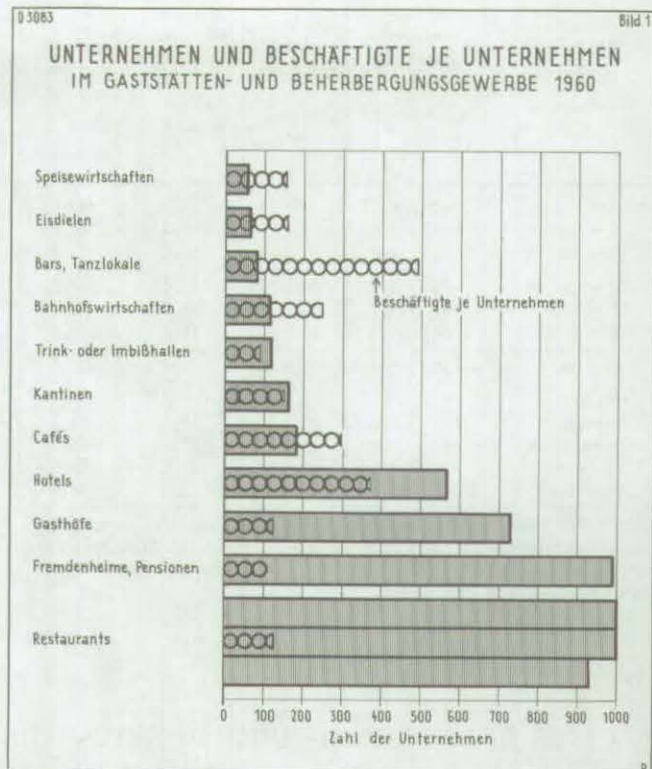
Tab. 1 Die erfaßten Unternehmen und ihre Beschäftigten nach Betriebsarten
- Stand 31. 8. 1960 -

Betriebsart ¹	Zahl der Unternehmen	Anteile in %	Zahl der Beschäftigten	Beschäftigte je Unternehmen
Restaurant	2 927	48	10 197	3,5
Bahnhofswirtschaft	114	2	775	6,8
Speisewirtschaft	56	1	241	4,3
Café	184	3	1 515	8,2
Bar, Tanzlokal	81	1	1 097	13,5
Kantine	163	3	676	4,1
Eisdiele	63	1	278	4,4
Trink- oder Imbißhalle	116	2	285	2,5
Hotel	564	9	5 728	10,2
Gasthof	727	12	2 566	3,5
Fremdenheim, Pension	993	16	2 958	3,0
Verschiedene	53	1	426	8,0
Insgesamt	6 041	100	26 742	4,4

1) Die vollständige Bezeichnung für Zeile 1, 3 und 5 lautete im Erhebungsbogen: 1. Gast- und Speisewirtschaft mit Ausschank alkoholischer Getränke, 3. Speisewirtschaft ohne Ausschank alkoholischer Getränke und 5. Bar, Tanz- oder Vergnügungsort

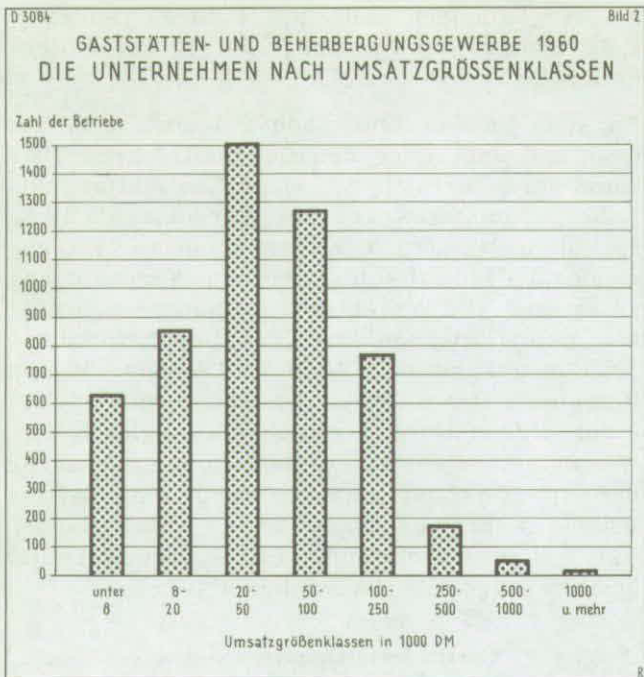
In allen Unternehmen waren am Stichtage an die 27 000 Personen beschäftigt. In dieser Zahl sind auch die tätigen Inhaber sowie deren mit-helfende Familienangehörige und die Teilbeschäftigten (z. B. Aushilfspersonal) enthalten. Daraus ergibt sich eine Beschäftigtenzahl von durchschnittlich 4,4 Arbeitskräften je Unternehmen. Von diesem Mittelwert zeigen sich bei der Betrachtung der einzelnen Betriebsarten teilweise recht starke Abweichungen. Sie hängen in der Regel von der Größe des Unternehmens und vom Grad der Intensität der Dienstleistungen ab, die dort angeboten werden. Die meisten Personen je Unternehmen waren in den Bars und Tanzlokalen beschäftigt, die wenigsten in den Trink- oder Imbißhallen. Relativ viele Beschäftigte sind auch in den Hotels und in den Cafés zu finden. Bei den Cafés handelt es sich häufig um Unternehmen, die mit einer Bäckerei oder einem Einzelhandelsgeschäft kombiniert sind, wodurch die Zahl der Beschäftigten je Café wesentlich beeinflußt wird. Bemerkenswert ist ferner der deutliche Unterschied in der Beschäftigtenzahl zwischen den Hotels und Gasthöfen. In den Hotels sind im Durchschnitt 10,2 in den Gasthöfen 3,5 Personen beschäftigt. Hierin spiegelt sich die verschiedene Größe und Struktur beider Betriebsarten wider, die

durch den Unterschied in der Unternehmensgröße und im Angebot von Dienstleistungen bestimmt wird.



Bei der Zusammenstellung der Umsätze, der Warenbewegung, der Löhne und Gehälter sowie der Forderungen mußte auf die Angaben eines Teiles der Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe verzichtet werden. Von den 6 041 erfaßten Unternehmen konnten nur 5 246 ihren Gesamtumsatz für das volle Geschäftsjahr 1959 abgeben - und nur auf diese beziehen sich alle folgenden Tabellen -, während die restlichen 795 entweder gar keine oder nur für ein Rumpfgeschäftsjahr Angaben machten. Diese Unternehmen waren erst in den Jahren 1959 oder 1960 von einem Vorgänger übernommen oder neu gegründet worden. Hieraus ist die Stärke der Fluktuation im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe abzulesen. 13% aller erfaßten Unternehmen haben im Jahre der Zählung oder im davorliegenden Jahre entweder ihren Besitzer gewechselt oder sind neu gegründet worden, wobei zu erwähnen ist, daß wirkliche Neugründungen verhältnismäßig selten sind. Die Geschäftsübernahmen überwiegen bei weitem.

Die 5 246 Unternehmen mit Umsatzangaben für das volle Geschäftsjahr 1959 haben insgesamt 384 Mill. DM umgesetzt. Das entspricht einem durchschnittlichen Jahresumsatz von 73 000 DM je Unternehmen. In welcher Weise sich die tatsächlichen Umsätze der einzelnen Unternehmen um diesen Durchschnittswert scharen, ist aus der nachstehenden graphischen Darstellung zu entnehmen.



Danach fallen wesentlich mehr Unternehmen in Umsatzgrößenklassen, die unter dem Mittelwert liegen, als in solche, die darüber liegen. Die stärkste Besetzung fällt in die Klassen von 20 000 bis unter 100 000 DM, wo sich 53% aller Gaststätten- und Beherbergungsunternehmen befinden. 28% der Unternehmen setzen weniger als 20 000 DM im Jahre um und nur 4,3% mehr als 250 000 DM. Auffallend ist die relativ hohe Zahl der Kleinstbetriebe mit weniger als 8 000 DM Jahresumsatz. Die Inhaber dieser Unternehmen sind neben ihrem Verdienst aus dem Gaststättengewerbe meistens auf eine weitere Einkommensquelle angewiesen, um ihre Existenz zu sichern.

Die Verteilung der Unternehmen nach Umsatzgrößenklassen auf die einzelnen Betriebsarten ist recht unterschiedlich. Es ist hier ein ähnlicher Zusammenhang festzustellen, wie er

auch bei der Verteilung der Zahl der Beschäftigten je Unternehmen erwähnt wurde. Unternehmen mit verhältnismäßig geringem Dienstleistungsgrad haben in der Regel geringere Beschäftigtenzahlen und fallen folglich in niedrigere Umsatzgrößenklassen, Unternehmen mit höherem Dienstleistungsgrad haben in der Regel größere Beschäftigtenzahlen und fallen in höhere Umsatzgrößenklassen. Unabhängig davon übt die Betriebsgröße und der Anteil des Warenumsatzes am Gesamtumsatz einen entscheidenden Einfluß auf die Verteilung der Unternehmen in die verschiedenen Umsatzgrößenklassen aus. Man vergleiche Tabelle 2.

Danach sind die Fremdenheime und Pensionen (einschl. der privaten Zimmervermietungen) in den unteren Umsatzgrößenklassen am stärksten vertreten, während die Hotels, Cafés sowie die Bars und Tanzlokale überwiegend in höheren Umsatzgrößenklassen zu finden sind. Die Kantinen und die Trink- oder Imbißhallen fallen trotz ihrer geringen Dienstleistungsintensität nicht überwiegend in die unteren, sondern in die mittleren Größenklassen, da ihr Anteil des Warenumsatzes am Gesamtumsatz sehr hoch ist. Es handelt sich hierbei um Unternehmen, die häufig mit Einzelhandel kombiniert und in ihrer Struktur den Einzelhandelsgeschäften angenähert sind.

Im einzelnen schwanken die durchschnittlichen Jahresumsätze pro Unternehmen je nach der Betriebsart zwischen 23 000 DM bei den Fremdenheimen oder Pensionen und 216 000 DM bei den Bars und Tanzlokalen. Zwischen diesen beiden Werten bewegen sich die durchschnittlichen Jahresumsätze je Unternehmen für die übrigen Betriebsarten.

Um die strukturellen Eigenarten in den verschiedenen Betriebsformen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes besser beurteilen zu

Tab. 2 Die Unternehmen nach Betriebsarten und Umsatzgrößenklassen

Betriebsart ¹	Unternehmen insgesamt	davon in der Umsatzgrößenklasse ... DM							
		bis unter 8 000	8 000	20 000	50 000	100 000	250 000	500 000	1 000 000 und mehr
			20 000	50 000	100 000	250 000	500 000	1 000 000	
Restaurant	2 457	153	482	878	655	236	37	10	6
Bahnhofswirtschaft	100	3	6	31	24	21	9	4	2
Speisewirtschaft	52	9	12	16	8	4	3	-	-
Café	163	-	6	26	42	69	15	4	1
Bar, Tanzlokal	68	-	1	8	18	25	10	4	2
Kantine	126	9	18	25	19	24	24	7	-
Eisdiele	50	6	7	12	15	10	-	-	-
Trink- oder Imbißhalle	98	5	17	21	31	21	2	1	-
Hotel	504	7	6	53	151	222	49	15	1
Gasthof	665	15	82	265	203	91	9	-	-
Fremdenheim, Pension	914	419	210	156	95	32	2	-	-
Verschiedene	49	1	5	12	9	11	9	2	-
Insgesamt	5 246	627	852	1 503	1 270	766	169	47	12

1) siehe Tab. 1

Tab. 3 Die Unternehmen und ihr Umsatz nach Betriebsarten

Betriebsart ¹	Umsatz 1959 in Mill. DM	Durchschnittlicher Umsatz je Unternehmen in 1 000 DM
Restaurant	151,0	61
Bahnhofswirtschaft	18,2	182
Speisewirtschaft	2,9	55
Café	24,2	149
Bar, Tanzlokal	14,7	216
Kantine	18,4	146
Eisdiele	3,3	66
Trink- oder Imbißhalle	7,5	76
Hotel	76,7	152
Gasthof	39,6	59
Fremdenheim, Pension	21,0	23
Verschiedene	6,7	137
Insgesamt	384,1	73

1) siehe Tab. 1

können, sollen im folgenden einige betriebswirtschaftliche Angaben näher besprochen werden.

Der Hauptposten, der dem Umsatz gegenübersteht, ist der Wareneingang. Er betrug im Gaststättenwesen während des Geschäftsjahres 1959 insgesamt 201 Mill. DM. Das sind etwas mehr als 52% des Umsatzes. Wird diese Relation getrennt für die verschiedenen Betriebsarten gebildet, so ergeben sich wiederum die schon erwähnten strukturellen Unterschiede. Am höchsten ist der Prozentsatz des Wareneinganges vom Umsatz bei den Kantinen und Trink- oder Imbißhallen. Er beträgt dort 74% und nähert sich somit einem Satz, der im Einzelhandel üblich ist. Die niedrigsten Wareneingänge sind bei den Fremdenheimen und Pensionen sowie den Bars und Tanzlokalen festzustellen. Sie betragen nur 31% und 40% des Umsatzes. Das wirtschaftliche Schwergewicht dieser Unternehmen liegt weniger im Waren-

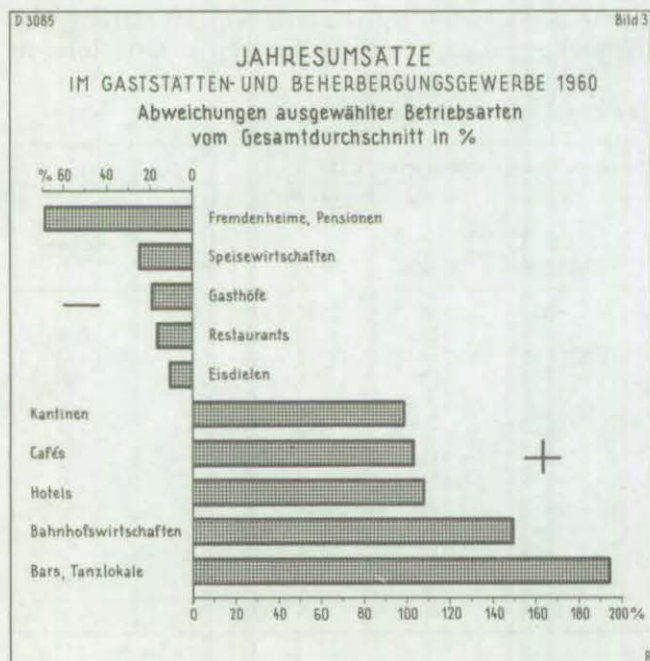
umsatz, sondern mehr auf anderen Gebieten, z. B. in der Beherbergung und in der Unterhaltung.

Da sich die Warenbestände zwischen dem Anfang und dem Ende des Geschäftsjahres 1959 kaum verändert haben, ist im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe der Wareneinsatz (Warenanfangsbestand + Wareneingang - Wareneinsatz) praktisch gleich dem Wareneingang zu setzen. Die Warenbestände betragen sowohl am Anfang wie am Ende des Geschäftsjahres 1959 insgesamt rund 12 Mill. DM oder 3% des Umsatzes. Der mittlere Jahreslagerbestand ist unter diesen Umständen ebenfalls gleich dem Warenbestand; die durchschnittliche Lagerdauer der im Gaststättenwesen 1959 umgesetzten Waren beträgt 22 Tage. Etwa 17mal wurden während des Geschäftsjahres die Lager geräumt und neu aufgefüllt (Lagerumschlag).

Tab. 4 Umsatz, Warenbewegung, Rohertrag, Löhne und Forderungen der Unternehmen

	Insgesamt in Mill. DM	Ø je Unternehmen in 1 000 DM
Umsatz	384	73,2
Wareneingang	201	38,3
Warenbestand		
am Anfang	12	2,2
am Ende	12	2,4
Wareneinsatz	200	38,1
Rohertrag	184	35,1
Löhne, Gehälter und soz. Aufwendungen	43	8,2
Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen am Anfang	2	0,4
am Ende	2	0,4

Die Differenz zwischen Umsatz und Wareneinsatz macht den Rohertrag aus. Dieser Rohertrag betrug für alle Unternehmen im Geschäftsjahr 1959 rund 184 Mill. DM, das sind 48% des Umsatzes. Vom Rohertrag sind die verschiedensten Kosten zu decken: Löhne und Gehälter, soziale Aufwendungen, Zinsen, Abschreibungen und so fort. Es wäre verfehlt, aus der Höhe des Rohertrages auf die Höhe des Gewinnes der Unternehmen schließen zu wollen; vielmehr beweist die Tabelle 5, daß in der Regel hohen Roherträgen auch hohe Aufwendungen für Löhne und Gehälter gegenüberstehen. Die Löhne und Gehälter wiederum stehen in Zusammenhang mit der Beschäftigtenzahl der Unternehmen. Diese Beziehung ist deutlich bei den Bars und Tanzlokalen, den Hotels, den Cafés und umgekehrt auch bei den Kantinen und Trink- oder Imbißhallen aus der Tabelle abzulesen. Eine Ausnahme von dieser Regel machen die Fremdenheime und Pensionen, die durchschnittlich einen Rohertrag von 69% des Umsatzes erzielen. Dem stehen Löhne und Gehälter in Höhe von nur 12% des Umsatzes gegenüber. Hierbei ist jedoch der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Fremdenheime und Pensionen (einschl. der



privaten Zimmervermietungen) in der Umsatzgrößenklasse bis unter 8 000 DM am stärksten vertreten sind. 46% dieser Unternehmen setzen weniger als 8 000 DM im Jahre um. Die Arbeiten werden vielfach durch die tätigen Inhaber und deren mithelfende Familienangehörige erledigt, so daß nur wenig Fremdpersonal beschäftigt wird.

Tab.5 Wareneinsatz, Rohertrag und Löhne in % des Umsatzes nach Betriebsarten

Betriebsart ¹	Waren- einsatz	Roh- ertrag	Löhne, Gehälter, soziale Aufwen- dungen
	in % des Umsatzes 1959		
Restaurant	55	45	8,5
Bahnhofswirtschaft	65	35	12,6
Speisewirtschaft	54	46	13,6
Café	48	52	14,0
Bar, Tanzlokal	40	60	25,0
Kantine	74	26	6,5
Eisdiele	46	54	9,1
Trink- oder Imbißhalle	73	27	4,5
Hotel	43	57	15,9
Gasthof	57	43	6,6
Fremdenheim, Pension	31	69	11,6
Verschiedene	46	54	15,8
Insgesamt	52	48	11,1

1) siehe Tab. 1

Die Höhe der Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen ist im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe unbedeutend, da das Barzahlungsgeschäft vorherrscht. Sowohl am Anfang als auch am Ende des Geschäftsjahres 1959 waren im Durchschnitt Rechnungen von weniger als 1% des Gesamtumsatzes nicht beglichen.

Auf die Bedeutung der Unternehmen, die mehrere gewerbliche Tätigkeiten ausüben (Kombinationsbetriebe), wurde bereits hingewiesen.

Gemessen an der Zahl aller Unternehmen machen sie nur einen kleinen Teil aus. Die große Masse sind reine Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe. Von den Unternehmen betrieben nur 11% außerdem noch eine oder mehrere andere gewerbliche Tätigkeiten. Am häufigsten wurde neben dem Gaststättengewerbe Einzelhandel betrieben. Eine Ausnahme hiervon machen nur die Cafés, die überwiegend mit einer Bäckerei kombiniert sind. Außerdem wurden unter anderem noch Kombinationen mit Großhandel, Handwerksbetrieben verschiedener Art (z. B. mit Fleischerei) und Handelsvermittlung ermittelt.

Die Zahl der Unternehmen, die Zweigniederlassungen unterhalten, ist im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sehr gering. Von den erfaßten 6 041 Unternehmen wurden nur 70 gezählt, die eine oder mehrere Filialen unterhalten, wobei es keinen Unterschied macht, ob diese Filialen Gaststättenbetriebe sind oder eine andere Funktion ausüben. Diese geringe Zahl der Zweigniederlassungen ist die Folge der im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen recht geringen Größe der Unternehmen. Großbetriebe, wie sie z. B. im Einzelhandel oder im Großhandel vorkommen, fehlen fast ganz.

Diese Tatsachen spiegeln sich auch in der Rechtsform der Unternehmen wider. Aktiengesellschaften, die überwiegend ein Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe betreiben, gibt es in Schleswig-Holstein nicht. Die vorherrschende Rechtsform ist das Einzelunternehmen. Rund 95% aller erfaßten Unternehmen entfallen auf diese Rechtsform, ca. 3% kommen auf die Gesellschaften des Bürgerlichen Rechts. Die restlichen 2% der Unternehmen gaben verschiedene andere Rechtsformen an.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Die Boden- und Kommunalkreditinstitute in Schleswig-Holstein 1961

Ende 1960 gab die Deutsche Bundesbank ihre seit Oktober 1959 verfolgte Restriktionspolitik auf und senkte den Diskontsatz um 1% auf 4%. Weitere Lockerungsmaßnahmen schlossen sich im Laufe des Jahres 1961 an. So wurden u. a. der Diskontsatz zweimal um je ein halbes Prozent auf heute 3%, die Mindestreservesätze insgesamt neunmal - bis auf ihren Stand zu Beginn der Restriktionsperiode - und die Abgabesätze für Geldmarktpapiere mehrmals ermäßigt. Da-

durch wurde das Zinsniveau gesenkt und die Liquidität der Kreditinstitute erhöht, was zu einer starken Belebung des Rentenmarktes, vor allem im ersten Halbjahr, führte.

Besonders die Boden- und Kommunalkreditinstitute profitierten davon, da die Banken und Kapitalsammelstellen große Teile ihrer freien liquiden Mittel in Kommunalobligationen und Pfandbriefen anlegten. Aber auch die privaten Sparer waren stark an der Neuerwerbung von

Pfandbriefen beteiligt¹. Man muß dabei jedoch ebenfalls berücksichtigen, daß die Aktien nicht mehr auf das gleiche Interesse stoßen wie in früheren Jahren, da die spekulativen Erwartungen einen merklichen Dämpfer erhalten haben und die Renditeerwägungen wieder stärker in den Vordergrund treten. Die Schwäche am Aktienmarkt hat also in gewissem Umfang zur Erholung des Rentenmarktes beigetragen. Die günstige Lage am Rentenmarkt veranlaßte sogar die Anleger, die zu den Zins- und Tilgungsterminen anfallenden Beträge von Schuldverschreibungen früherer Jahre zum Erwerb von neuen Schuldtiteln der Realkreditinstitute zu verwenden.

Der Erstabatz von Schuldverschreibungen

Der Erstabatz von Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunkreditinstitute, der Kern ihres Passivgeschäftes, wird erst seit Juni 1960 in der Statistik der Boden- und Kommunkreditinstitute erfaßt; da aus anderen Quellen nur Bundesergebnisse vorliegen, lassen sich für Schleswig-Holstein noch keine Vergleiche durchführen. Die kräftige Erhöhung des gesamten Umlaufs von Schuldverschreibungen und die bisher vorliegenden Geschäftsberichte zeigen jedoch deutlich, daß die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute 1961 ein günstiges Emissionsergebnis erzielt haben. Im Bundesgebiet wurde im Berichtsjahr der bisher höchste Absatz seit der Währungsreform erreicht. Er war um über drei Viertel höher als im Vorjahr.

Tab. 1 Erstabatz von Schuldverschreibungen der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute

Zeitraum	Insgesamt	davon		
		Hypothekenspfandbriefe	Schiffspfandbriefe	Kommunalobligationen
		in %		
1960 4. Vj.	25	64	16	20
1961 1. Vj.	59	46	24	30
2. Vj.	51	54	23	23
3. Vj.	33	80	9	11
4. Vj.	16	71	29	1
1961	159	58	21	21
dagegen 1961 Bundesgebiet einschl. Berlin (W.)	6 418	56	1	43

Insgesamt wurden von den 4 schleswig-holsteinischen Realkreditinstituten 1961 für fast 160 Mill. DM Schuldverschreibungen untergebracht. Von dieser Summe entfielen 92 Mill. DM auf

1) Die Lübecker Hypothekenbank schreibt in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1961, daß nach ihrer Schätzung die privaten Anleger weit über eine Mrd. DM des Erstabatzes im Bundesgebiet erworben haben. Das ist über ein Sechstel des Erstabatzes gegenüber 6 % im Jahre 1960

Hypothekenspfandbriefe, 34 Mill. DM auf Schiffspfandbriefe und 33 Mill. DM auf Kommunalobligationen. Die unvermindert lebhafteste Bautätigkeit gab den Hypothekenspfandbriefen - wie auch im Bundesgebiet - innerhalb des Erstabatzes ein starkes Übergewicht, da die Realkreditinstitute die von ihnen gegebenen Hypothekenzusagen soweit als möglich durch Ausgabe von Hypothekenspfandbriefen zu finanzieren suchen. Der Absatz war in den drei ersten Vierteljahren gleichmäßig hoch, nur im letzten Vierteljahr zeigte sich der auch schon im Vorjahr bemerkbare Rückgang.

Der Erstabatz von Schiffspfandbriefen, der in der Bundesrepublik nur eine bescheidene Rolle spielt, hat für die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute erwartungsgemäß eine größere Bedeutung, wurden doch von der Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein im Jahre 1961 für Rechnung der ihr nahestehenden Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG. insgesamt 34 Mill. DM Schiffspfandbriefe oder über vier Zehntel der 79 Mill. DM Schiffspfandbriefe des Bundesgebietes placiert. Gut ein Fünftel der Erstverkäufe der schleswig-holsteinischen Institute waren Schiffspfandbriefe.

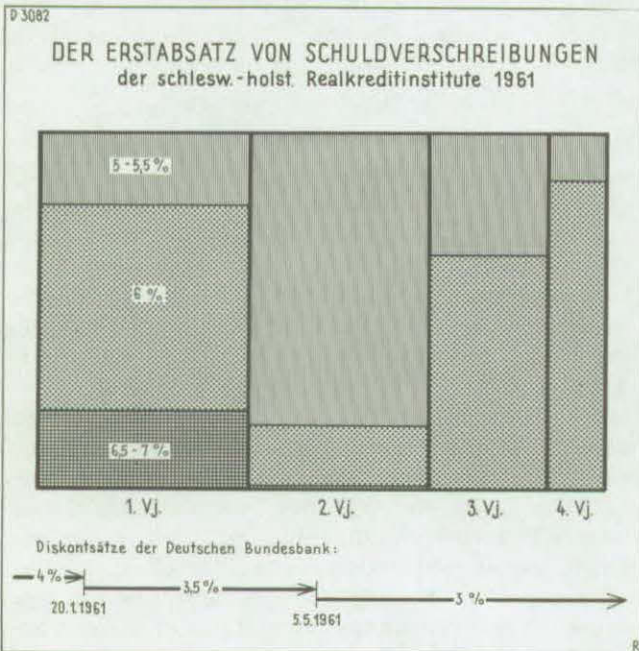
Der Erstabatz von Kommunalobligationen hat für die Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein nicht ein solches Gewicht wie für die im Bundesgebiet. Im Bundesgebiet machte er über zwei Fünftel aller Erstverkäufe aus, bei den schleswig-holsteinischen Instituten dagegen nur gut ein Fünftel. Hier ist noch deutlicher die auch bei den beiden anderen Wertpapierarten feststellbare Tendenz zu erkennen, daß der Absatz im 2. Halbjahr stark abfällt. Im 1. Halbjahr wurden noch fast für 30 Mill. DM Kommunalobligationen abgesetzt, im 2. Halbjahr jedoch nur noch für knapp 4 Mill. DM.

Die Zinskonditionen des Erstabatzes

Von den schleswig-holsteinischen Boden- und Kommunkreditinstituten wurden im Jahre 1961, je nach der Lage am Rentenmarkt, hauptsächlich 5 1/2%ige und 6%ige Schuldverschreibungen aufgelegt und verkauft. Im ersten Vierteljahr machte der Erstabatz von 6%igen Papieren noch über die Hälfte des gesamten Erstabatzes aus, während es bei den 5 1/2%igen und 6 1/2%igen (Schiffspfandbriefe) jeweils nur knapp ein Fünftel waren. Im zweiten Vierteljahr zeigten dann die Auflockerungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbank, wenn auch anfangs noch zögernd, ihre Wirkung. Der 5 1/2%ige Zinstyp beherrschte den Markt. Sogar der 5%ige fand in stärkerem Ausmaß als früher seine Käufer, er nahm jedoch in Schleswig-Holstein nie die Position ein, die er im Bundesgebiet erreichen konnte, wo er zeitweilig einen Anteil von gut einem Drittel stellte. Im dritten Vierteljahr

setzte sich wieder, bei gleichzeitigem Rückgang des Erstabsatzes, die 6%ige Schuldverschreibung durch. Sie teilte sich mit der 5 1/2%igen fast allein den Markt. Die politischen Spannungen in den letzten Monaten des Jahres beunruhigten den Rentenmarkt, was sich auch auf die Entwicklung des Zinssatzes auswirkte. Trotz der kreditpolitischen Maßnahmen der Deutschen Bundesbank, die auf eine weitere Zinssenkung und Erhöhung der Liquidität gerichtet waren, mußten die Realkreditinstitute, um nicht einen weiteren Absatzrückgang in Kauf zu nehmen, ihre Schuldverschreibungen mit einem höheren Zinssatz ausstatten. Daher wurden im letzten Vierteljahr 1961 beinahe nur noch 6%ige Schuldverschreibungen abgesetzt. Der Jahreserstabsatz bestand zur Hälfte aus 6%igen und zu gut einem Drittel aus 5 1/2%igen Schuldverschreibungen. Der Erstabsatz aller anderen Zinsarten fiel kaum ins Gewicht.

Im einzelnen ergibt sich bei den drei Wertpapierarten fast das gleiche Bild. Nur bei den Kommunalobligationen hat sich das 5 1/2%ige Papier durchgesetzt.



Tilgungen aus dem Neugeschäft

Die schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute kauften im Jahre 1961 insgesamt fast 41 Mill. DM ihrer in früheren Jahren ausgegebenen Schuldverschreibungen zurück, das ist über ein Viertel des aus dem Erstabsatz erzielten Betrages. Der bei weitem höhere Betrag wurde dabei im ersten Halbjahr verlost und eingelöst; im zweiten Halbjahr war es nur etwa ein Zehntel der gesamten Tilgungssumme. Das dürfte zum großen Teil daran liegen, daß die Institute zum Beginn des Jahres größere Beträge an hochverzinslichen (8%ige) Schuldverschreibungen vorzeitig gekündigt haben, um sie überwiegend in niedriger verzinsliche Papiere

(6%ige und 5 1/2%ige) umzutauschen. Da sich der Kapitalmarkt 1961 weiterhin stabilisiert hat, dürften die Besitzer von Schuldverschreibungen die aus den Tilgungen angefallenen Beträge zum Erwerb neuer Schuldverschreibungen verwendet haben. Im zweiten Halbjahr setzte dann die auch beim Erstabsatz zu beobachtende abwartende Haltung ein, obwohl die Tilgungen im zweiten Halbjahr 1961 immer noch höher waren, als die im zweiten Halbjahr 1960. Bei den Tilgungen von Schuldverschreibungen im Jahre 1961 machten die 8%igen fast neun Zehntel und die 7 1/2%igen beinahe ein Zehntel der gesamten Tilgungen aus.

Umlauf an Schuldverschreibungen

Dem guten Erstabsatz entsprechend hat der Umlauf an Schuldverschreibungen der schleswig-holsteinischen Realkreditinstitute stark zugenommen. Er konnte aber nicht, wie im Bundesgebiet, das Rekordergebnis des Jahres 1959 (162 Mill. DM) übertreffen. Der Nettozuwachs war mit 115 Mill. DM jedoch fast um ein Drittel größer als 1960 (81 Mill. DM). Die stärkste Zunahme hatten mit beinahe 90 Mill. DM, das sind vier Fünftel des Nettozuwachses, die Hypothekendarlehen zu verzeichnen.

Tab. 2 Umlauf an Schuldverschreibungen¹ in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Art der Schuldverschreibung	Bestand am		
	31.12.1960	30.6.1961	31.12.1961
Mill. DM			
Schleswig-Holstein			
Hypothekendarlehen	281	336	370
Schiffspfandbriefe	155	154	162
Kommunalobligationen	183	202	203
Schuldverschreibungen insges.	619	692	734
Außerdem hinterlegte Namensschuldverschreibungen	290	293	314
aufgenommene Darlehen gegen sonstige Sicherheiten und ohne Sicherheiten	385	382	410
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)			
Hypothekendarlehen	14 471	16 144	17 764
Schiffspfandbriefe	442	455	484
Kommunalobligationen	10 481	11 734	12 522
Schuldverschreibungen insges.	25 395	28 334	30 770
Außerdem hinterlegte Namensschuldverschreibungen	3 811	4 017	4 239
aufgenommene Darlehen gegen sonstige Sicherheiten und ohne Sicherheiten	10 645	11 257	11 905

1) einschl. vorverkaufter Stücke

Der Umlauf von Schiffspfandbriefen vermehrte sich um 7 Mill. DM und der der Kommunalobligationen um knapp 20 Mill. DM. Die Hypothekendarlehen konnten dadurch ihren bisher schon hohen Anteil am Gesamtumlauf auf die Hälfte

des gesamten Schuldverschreibungsumlaufes ausdehnen. Die Schiffspfandbriefe und die Kommunalobligationen teilen den Rest unter sich mit 22% und 28% auf.

Gliedert man die umlaufenden Schuldverschreibungen nach Zinstypen auf, so zeigt sich, daß es im Laufe des Jahres 1961 keine wesentlichen Verschiebungen gegeben hat. Der Anteil der mit 7% und mehr verzinsten Schuldverschreibungen, der schon immer gering war, verminderte sich weiterhin. Besonders die 8%igen Papiere wurden fast völlig aus dem Verkehr gezogen. Durch den hohen Erstabsatz von 5 1/2%igen und 6%igen Papieren vermehrten sich die Anteile dieser Zinstypen leicht.

Trotz der weiteren Stabilisierung des Rentenmarktes mußten die Boden- und Kommunalkreditinstitute immer noch neben den Erlösen aus dem Verkauf von Pfandbriefen zusätzliche Finanzierungsmittel in Anspruch nehmen. Allerdings war bei den schleswig-holsteinischen Realkreditinstituten der Bestand an langfristigen Fremdmitteln Ende 1961 (724 Mill. DM) erstmals geringer als ihr Umlauf an Schuldverschreibungen (734 Mill. DM). Im Bundesgebiet war das schon 1954 der Fall.

Tab. 3 Die langfristigen Ausleihungen der Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet - einschl. Treuhandmittel -

Darlehensart	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet
	Bestand am			
	31.12. 1960	30.6. 1961	31.12. 1961	31.12.1961
	Mill. DM			
Langfristige Ausleihungen insgesamt	1 586	1 686	1 862	48 469
darunter				
Hypotheken auf Wohnungsneubauten	207	225	254	22 048
Hypotheken auf landw. Grundstücken	66	77	92	3 567
Kommunaldarlehen	351	379	421	12 910
Schiffshypotheken	408	427	453	1 979
Darlehen für Siedlungszwecke	410	435	462	472
darunter durchlaufende Mittel	402	427	454	461

Der angestrebte Zustand der Eigenfinanzierung, wie er in den dreißiger Jahren herrschte, als das Aktivgeschäft weitgehend durch die Emission von Schuldverschreibungen finanziert wurde, ist also noch lange nicht erreicht. Das liegt weitgehend daran, daß der Rentenmarkt zu stark vom Geldmarkt abhängig ist, der durch die

häufigen Diskontsatzänderungen sehr labil ist. Die Käufer haben daher nicht die Gewißheit, daß ein Zinssatz über einen längeren Zeitraum bestehen bleibt; sie halten sich deshalb zurück.

Aktivgeschäft

Der Umfang des Aktivgeschäftes hat sich bei den schleswig-holsteinischen Realkreditinstituten noch etwas stärker als der des Passivgeschäftes ausgedehnt. Am 31. Dezember 1961 betrug der Bestand an langfristigen Darlehen - einschl. 522 Mill. DM Treuhandmittel - 1,9 Mrd. DM. Die von den schleswig-holsteinischen Realkreditinstituten langfristig ausgeliehenen Darlehen haben sich damit um fast 300 Mill. DM vermehrt. Besonders im zweiten Halbjahr 1961 war der Zuwachs sehr groß.

Wie auch in den Vorjahren, ist der Anteil der Darlehen für Siedlungszwecke verhältnismäßig hoch. Man muß dabei jedoch berücksichtigen, daß es sich fast ausschließlich um Treuhandkredite handelt, d. h. sie werden von den Boden- und Kommunalkreditinstituten bankmäßig verwaltet, während für die Rückzahlung andere Stellen haften. Diese Darlehensform ist beinahe nur in Schleswig-Holstein vertreten.

Naturgemäß nehmen die Schiffshypotheken in Schleswig-Holstein eine wichtige Position ein. Am 31. 12. 1961 stellten die schleswig-holsteinischen Institute beinahe ein Viertel aller Schiffshypotheken des Bundesgebietes zur Verfügung. Während der Bestand sich im Bundesgebiet nur schwach vermehrte, wuchs er in Schleswig-Holstein um nahezu ein Achtel auf 453 Mill. DM an. Die Kommunaldarlehen, die die nächst wichtige Position unter den gewährten Darlehen einnehmen, müßten zum Teil den Hypotheken zugerechnet werden, da erhebliche Beträge der Kommunaldarlehen letztlich dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Die Kommunaldarlehen müßten also um diese Beträge vermindert und die Hypotheken auf Wohnungsneubauten um diese vermehrt werden. Alle übrigen Realkredite (wie etwa: Hypotheken auf gewerbliche Betriebsgrundstücke oder landwirtschaftliche Grundstücke) fallen kaum ins Gewicht.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Boden- und Kommunalkreditinstitute in Schleswig-Holstein 1957 bis 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 187 (August) und "Bodenkreditinstitute im Jahr 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 166 (März)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1 000	2 269	p 2 321	2 315	2 319	2 322	p 2 332	p 2 333
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾										
*Anzahl		1 654	1 877	2 028	1 798	2 272	1 234	2 022	1 841	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	p 9,7	10,3	9,4	11,5	p 6,9	p 10,2	p 9,6	...
Lebendgeborene ²⁾										
*Anzahl		2 867	3 355	3 588	3 496	3 446	3 346	3 677	3 637	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	p 17,3	18,3	18,4	17,5	p 18,7	p 18,6	p 18,9	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 173	2 290	2 367	2 175	2 313	2 373	2 698	2 344	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	p 11,8	12,0	11,4	11,7	p 13,3	p 13,6	p 12,2	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		93	95	104	85	98	78	99	106	...
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	28,4	29,0	24,3	28,4	23,3	26,9	29,1	...
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+ 694	+1 065	+1 221	+1 321	+1 133	+ 973	+ 979	+1 293	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 3,7	p+ 5,5	+ 6,2	+ 6,9	+ 5,8	p+ 5,4	p+ 4,9	p+ 6,7	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	7 031	6 584	9 943	8 128	5 082	6 586
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	5 958	5 908	7 387	6 272	4 544	6 004
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		+ 260	+1 073	+ 676	+2 556	+1 856	+ 538	+ 582
*Umzüge innerhalb des Landes ⁴⁾		9 666	9 958	9 024	16 172	11 582	7 697	9 754
Wanderungsfälle ⁴⁾										
Anzahl		22 452	22 947	21 516	33 502	25 982	17 323	22 344
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁵⁾		170	p 170	155	261	191	p 140	p 162
Umsiedler										
davon nach		609	234	273	111	254	72	170	135	146
Nordrhein-Westfalen		326	116	204	75	174	34	42	54	86
Baden-Württemberg		43	17	8	19	37	19	31	15	24
Rheinland-Pfalz		10	3	4	3	-	-	2	-	-
Hessen		12	2	4	-	5	1	3	-	-
Hamburg		218	96	53	14	38	18	92	66	36
Bremen		-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶⁾	1 000	741 ⁺	799 ⁺	787	.	.	.	805	.	.
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	533 ⁺	528	.	.	.	536	.	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1 000	50	12	15	12	9	14	11	9	7
darunter *Männer	1 000	31	7	8	6	5	9	7	5	4
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,5	1,9	1,5	1,2	1,7	1,4	1,1	0,8

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mütter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne Umzüge innerhalb der

Gemeinden 5) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze)

6) Arbeiter, Angestellte und Beamte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 251 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	467 ^a
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 636 ^a	1 404	.	.	.	1 637	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	171 ^a	162	.	.	.	171	.	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	105	.	.	.	108	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	20	16	14	15	14	16	15	17
*Kälber	1 000 St	5	5	10	6	5	5	7	5	4
*Schweine	1 000 St	81 ^b	107 ^c	107	93	106	130	128	127	115
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^b	12 ^c	17	6	3	23	16	7	3
*Gesamtschlachtgewicht ⁷⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	13,0	11,9	11,2	12,5	12,9	13,7	14,2	14,2
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,4	3,5	3,2	3,2	3,2	3,6	3,5	4,0
*Schweine	1 000 t	5,9	8,2	7,8	7,5	8,9	9,3	9,7	10,4	10,0
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	227	221	234	220	237	233	234	239
*Kälber	kg	49	51	49	52	57	51	50	53	54
*Schweine	kg	89	86	86	86	86	87	87	87	89
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	153	178	191	216	148	196	202	213
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	10,9	12,5	13,8	15,2	11,4	13,5	14,4	14,7
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	88	89	92	87	88	90	91
INDUSTRIE⁸⁾										
*Beschäftigte	1 000	164	174	172	174	174	175	176	177	...
darunter *Arbeiter ⁹⁾	1 000	136	142	141	142	142	143	143	144	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹⁰⁾	1 000	24 439	24 761	25 855	24 219	24 908	23 216	25 091	23 790	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	69,6	68,6	64,1	69,9	70,2	75,6	75,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	22,9	21,5	21,8	22,1	24,8	25,3	25,7	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹¹⁾	74	68	67	62	61	62	68	67	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	11 858	11 193	11 175	10 945	11 459	9 178	10 045	9 747	...
Heizölverbrauch	1 000 t	31	45	50	46	48	50	55	52	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	88	88	82	86	85	92	87	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen) ¹²⁾	Mill. kWh	21	22	20	17	18	20	24	20	...
*Umsatz	Mill. DM	479	584	602	523	604	492	579	572	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	79	72	63	85	42	55	67	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion										
einschl. Energie und Bau	1950=100	224	r 278	r 268	r 284	r 291	267	r 276	300	...
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		592	698	674	650	655	786	794	819	...
Industrie der Steine und Erden		193	r 254	r 254	r 282	r 291	159	r 179	268	...
Hochofen- und Stahlwerke		157	161	175	161	151	174	164	153	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	154	r 178	r 158	r 141	r 165	r 165	158	...
Mineralölverarbeitung		688	1 132	801	1 211	1 148	1 191	1 278	1 383	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	r 1 176	r 1 230	r 1 357	r 1 215	r 1 011	r 1 087	1 116	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	r 113	r 120	r 127	r 128	r 93	r 102	101	...
papierzeugenden Industrie		256	r 313	r 322	r 324	r 315	r 314	r 319	307	...
Schiffbaues	r	312	297	r 304	r 331	r 334	r 273	r 242	265	...
Maschinenbaues	r	273	r 340	r 295	r 285	r 405	r 303	r 285	345	...
elektrotechnischen Industrie		508	r 702	r 726	r 701	r 705	r 624	r 666	674	...
feinmechanischen und optischen Industrie	r	609	r 819	r 817	r 810	r 784	r 784	r 771	848	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	r 222	r 211	r 224	r 226	r 232	r 231	251	...
lederzeugenden Industrie	r	116	96	r 89	r 88	r 96	87	r 76	92	...
Schuhindustrie	r	217	243	r 262	r 285	r 261	r 272	r 276	258	...
Textilindustrie	r	195	r 200	r 209	r 212	r 200	184	r 180	174	...
Bekleidungsindustrie		127	r 151	r 158	r 159	r 159	159	r 169	170	...
Fleischwarenindustrie		169	196	r 180	r 176	r 197	r 191	r 193	208	...
fischverarbeitenden Industrie		189	197	r 208	r 178	r 136	r 196	r 232	173	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		121	129	r 147	r 173	r 198	r 140	r 158	189	...
tabakverarbeitenden Industrie		227	253	r 265	r 256	r 254	r 244	r 252	264	...
Bauproduktion	r	190	227	r 220	r 256	r 263	r 164	r 163	276	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) gewerbliche Schlachtungen 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 9) einschl. gewerblicher Lehrlinge 10) einschl. Lehrlingsstunden 11) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 12) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1961/62 = 22

nod: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
			Monats-Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
OFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	131	122	111	106	115	144	130	...
*Stromverbrauch 13)	Mill. kWh	143	175	194	175	178	202	219	195	...
*Gaserzeugung (brutto) 14)	Mill. cbm	17	18	19	17	17	20	21	19	19
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 15)										
*Beschäftigte		55 228	61 829	60 526	62 633	63 060	p60 153	p61 767	p64 037	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 618	9 948	10 082	10 732	p 6 351	p 6 897	p10 099	...
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	4 172	4 488	4 520	4 726	p 2 634	p 2 677	p 4 265	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	32,2	31,0	31,4	34,1	p 23,0	p 24,7	p 38,5	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,2	1,9	1,9	2,0	p 2,3	p 2,3	p 2,4	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	101,4	83,2	86,1	97,2	p 66,8	p 73,4	p 86,0	...
Baugenehmigungen 16)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 17)		922	1 071	782	863	1 237	749	921	992	1 090
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	332	371	336	344	308	326	302	280
Veranschlagte reine Baukosten 17)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	97,1	86,8	75,7	106,4	91,9	102,8	82,8	107,6
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	66,3	48,2	49,4	78,2	47,7	62,1	59,3	79,0
*Umbauter Raum in allen Gebäuden 17)										
(ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	1 069	1 369	1 222	1 051	1 600	1 152	1 310	1 092	1 473
darunter *in Wohngebäuden	1000 cbm	691	862	621	635	1 061	577	771	711	960
*Wohnungen 18)		2 109	2 479	1 969	1 801	2 986	1 659	2 199	2 013	2 839
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 247	1 709	1 538	2 719	1 430	1 934	1 789	2 448
Baufertigstellungen										
Wohnungen 19)		1 533	2 182	1 068	1 191	1 271	860	755	1 122	1 436
Wohnräume 20)		6 064	8 767	4 297	4 566	5 089	3 012	3 238	4 239	5 827
HANDEL UND GASTGEWERBE										
*index der Einzelhandelsumsätze	1961=100	.	.	95	92	98	87	107	105	106
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	99	95	98	91	108	105	103
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	85	91	102	75	86	100	107
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	93	88	93	82	105	99	102
*Sonstige Waren		.	.	101	92	100	95	123	114	114
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	308	508	507	109	384	523	129	636	527
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 211	1 376	887	1 031	1 744	649	349	1 289	1 023
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	8 126	14 304	13 318	15 724	13 565	14 539	18 659	15 058	17 256
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	28 087	33 732	28 137	27 437	32 700	32 646	31 149	28 571	33 337
* Ausfuhr nach Warengruppen 21)										
davon Güter der	Mill. DM	67,7	89,5	65,4	99,2	75,0	63,9	70,6	76,5	...
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	6,6	6,9	10,3	4,8	4,4	6,0	6,9	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	82,9	58,5	88,9	70,2	59,5	64,6	69,6	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	3,5	2,6	2,8	3,5	3,9	3,2	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	8,5	8,7	10,3	5,6	6,6	11,2	6,8	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	71,3	46,4	76,0	61,8	49,4	49,6	59,6	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,4	3,1	3,2	3,0	3,3	3,7	2,9	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	68,0	43,3	72,8	58,8	46,1	45,8	56,7	...
* Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 21)										
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	18,1	16,3	17,9	14,1	15,2	18,8	27,1	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,3	6,2	6,9	4,4	4,9	6,2	5,0	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,0	6,2	6,1	4,9	5,2	5,5	16,9	...
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	46,5	24,2	45,2	32,2	28,5	26,3	31,5	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	8,7	8,2	4,6	6,0	5,6	9,7	7,2	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	9,5	3,6	4,1	7,9	3,1	3,2	2,7	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	17,0	1,6	23,0	1,6	11,3	1,7	1,6	...
Schweden	Mill. DM	6,3	4,2	4,5	5,1	3,2	3,2	4,6	13,0	...
Fremdenverkehr 22)										
*Fremdenmeldungen	1000	112	140	84	94	138	60	78	98	...
darunter *Auslandsgäste	1000	15	17	10	13	16	4	7	15	...
*Fremdenübernachtungen	1000	682	896	261	292	540	186	251	311	...
darunter *Auslandsgäste	1000	33	34	16	20	26	9	13	24	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) einschl. Verluste 14) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 15) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 16) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 17) nur Neubau und Wiederaufbau 18) nur Normalwohnungen

19) Normalbau 20) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 21) 1962 = vorläufige Zahlen 22) ab April 1962 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
VERKEHR										
Seeschifffahrt ²³⁾										
Güterempfang	1000 t	377	508	398	470	500	410
Güterversand	1000 t	102	150	131	116	135	137
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	126	154	115	138	155	133	172	159	151
*Güterversand	1000 t	195	270	260	257	292	188	226	272	339
Nord-Ostsee-Kanal ²⁴⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		5 645	6 437	5 847	5 783	6 223	4 987	6 132	6 070	7 055
darunter deutsche	%	65,5	63,7	66,5	65,4	63,9	63,3	66,2	64,1	65,4
Raumgehalt	1000 NRT	2 795	3 397	3 042	2 977	3 333	2 752	3 233	3 261	3 496
darunter deutscher Anteil	%	30,3	28,5	27,6	27,6	28,9	24,1	25,8	24,5	27,5
Güterverkehr										
insgesamt	1000 t	3 840	4 766	4 156	4 132	4 581	3 875	4 554	4 464	4 856
auf deutschen Schiffen	%	32,6	30,5	29,3	28,7	30,9	28,1	27,4	26,1	29,9
Richtung West-Ost	1000 t	1 906	2 304	2 227	2 232	2 284	1 981	2 372	2 417	2 461
Richtung Ost-West	1000 t	1 935	2 462	1 928	1 900	2 297	1 894	2 182	2 047	2 395
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	4 271	6 256	4 452	4 926	4 026	6 184	5 815	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	123	285	219	233	50	115	132	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 081	4 545	3 161	3 573	3 076	4 736	4 418	...
*Kombinationskraftwagen		175	242	326	251	278	233	344	341	...
*Lastkraftwagen		293	374	441	396	419	311	447	439	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		2 513	3 493	2 894	2 918	3 400	2 981	3 185	3 164	p 3 276
davon										
*mit Personenschaden		918	1 100	925	951	1 135	723	826	968	p 1 058
*nur mit Sachschaden		1 595	2 393	1 969	1 967	2 265	2 258	2 359	2 196	p 2 218
*Getötete Personen ²⁵⁾		40	50	31	48	53	32	46	41	p 38
*Verletzte Personen		1 130	1 394	1 148	1 173	1 442	917	1 052	1 223	p 1 372
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁶⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^d	4 943 ^d	4 423	4 496	4 552	5 016	5 138	5 171	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	1 436 ^d	1 343	1 382	1 399	1 453	1 520	1 521	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	1 425 ^d	1 340	1 377	1 396	1 449	1 514	1 515	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^d	3 506 ^d	3 079	3 115	3 153	3 563	3 617	3 650	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	3 022 ^d	2 660	2 692	2 728	3 069	3 118	3 142	...
*Einlagen von Nichtbanken ²⁶⁾	Mill. DM	2 067 ^d	3 090 ^d	2 848	2 896	2 949	3 116	3 118
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 369 ^d	1 250	1 295	1 337	1 325	1 301
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 071 ^d	990	1 040	1 040	1 030	1 031	1 035	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	1 721 ^d	1 598	1 601	1 612	1 791	1 817
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	1 159 ^d	1 068	1 071	1 078	1 210	1 228	1 235	1 247
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	85	71	68	67	86	90
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	70	59	64	56	56	65
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	9	6	7	12	9	10	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	2	1	3	2	-	2	1	...
Wechselproteste	Anzahl	636	754	710	727	758	590	722
	Wert	465	552	489	472	459	610	521
STEUERN ²⁷⁾										
*Landessteuern	1000 DM	32 185	54 928	74 036	32 970	36 262	39 932	79 879	35 796	40 468
darunter										
*Vermögenssteuer	1000 DM	1 463	2 393	1 811	409	4 691	5 626	689	262	5 554
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	3 596	5 432	6 089	5 155	5 787	5 212	6 578	6 653	6 008
*Biersteuer	1000 DM	420	561	346	414	532	545	437	413	533
*Bundessteuern	1000 DM	93 577	121 732	127 475	109 590	103 469	87 106	129 224	109 523	111 422
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	29 801	39 324	32 489	37 611	35 047	33 825	33 139	41 900	38 812
*Beförderungsteuer	1000 DM	1 034	1 253	1 062	1 177	1 157	962	1 026	1 075	1 167
*Zölle	1000 DM	7 838	8 529	7 527	7 544	8 226	9 739	9 634	6 941	2 801
*Verbrauchssteuern	1000 DM	41 359	49 191	52 478	50 407	47 240	39 401	48 521	46 134	54 875
darunter *Tabaksteuer	1000 DM	32 960	35 876	36 810	35 633	34 061	31 019	39 241	33 083	35 891
*Notopfer Berlin ²⁸⁾	1000 DM	354	44	46	42	47	36	27	14	12
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1000 DM	5 396	6 077	2 458	4 114	10 690	10 052	3 971	8 159	11 305

* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

23) Monatsangaben 1961/62 = vorläufige Zahlen 24) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 25) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 26) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 27) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
			Monats-Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ²⁹⁾	1000 DM	37 688	66 828	96 780	36 596	33 580	37 269	105 362	38 456	39 369
davon										
*Lohnsteuer	1000 DM	14 013	25 257	8 102	19 119	19 442	20 897	13 499	19 274	22 793
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	15 925	30 164	61 612	16 002	11 822	13 811	70 102	17 654	14 428
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	428	617	375	320	192	433	672	330	601
*Körperschaftsteuer	1000 DM	7 322	10 790	26 692	1 156	2 123	2 128	21 088	1 198	1 547
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1000 DM	57 325 ⁺	77 034 ⁺	75 868 ^e	.	.	.	80 294 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 816 ⁺	6 982 ⁺	6 562 ^e	.	.	.	6 833 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1000 DM	11 575 ⁺	12 710 ⁺	13 121 ^e	.	.	.	14 504 ^e	.	.
Baulandsteuer	1000 DM	- ⁺	- ⁺	- ^e	.	.	.	209 ^e	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	34 826 ⁺	52 299 ⁺	52 047 ^e	.	.	.	52 932 ^e	.	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	4 109 ⁺	5 029 ⁺	4 137 ^e	.	.	.	5 816 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	6 119 ⁺	6 530 ⁺	6 475 ^e	.	.	.	6 254 ^e	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	94	94	93	94	92	94	p 95	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	131	129	129	130	131	132	133	p 133
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100 ^f	101,9	101,8	101,7	101,7	102,6	102,8	103,0	...
landwirtschaftlicher Produkte	1957/59=100	100,4 ^f	97,8 ^g	96,1	96,8	99,6	p103,5	p105,4	p108,1	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	121,8	.	.	118,9	127,4	.	.	p132,5
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100 ^f	103,6 ^g	104,8	104,9	104,9	r107,7	r108,1	108,0	...
Einzelhandelspreise	1958=100	100	103	102	102	103	106	107	107	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁰⁾	1958=100	100	105,0	104,1	104,1	104,8	107,4	108,1	108,9	109,2
darunter										
Ernährung	100	103,6	102,4	102,2	103,6	106,5	107,9	109,5	110,2	
Wohnung	100	118,0	116,5	117,4	117,6	120,2	120,2	121,3	121,3	
Heizung und Beleuchtung	100	103,7	103,8	102,7	102,4	106,0	106,0	104,6	104,2	
Bekleidung	100	104,0	103,6	103,8	103,9	105,8	106,3	106,6	106,8	
Hausrat	100	101,1	100,3	100,2	100,5	103,2	103,4	103,0	103,3	
LÖHNE UND GEHÄLTER ³¹⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³²⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	146,78	.	.	140,55	155,67
darunter Facharbeiter	DM	124,34	156,59	.	.	149,67	166,98
*weiblich	DM	67,56	88,45	.	.	86,83	94,51
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	307,9	.	.	296,6	329,9
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	327,0	.	.	313,6	351,0
*weiblich	Pf	152,9	203,6	.	.	200,5	221,6
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Stunden	47,9	47,7	.	.	47,4	47,2
*weiblich	Stunden	44,2	43,4	.	.	43,3	42,7
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Stunden	44,5	44,3	.	.	41,0	46,2
*weiblich	Stunden	41,4	40,5	.	.	37,0	42,2
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³²⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	732	.	.	712	778
*weiblich	DM	382	475	.	.	458	510
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	850	.	.	830	903
*weiblich	DM	403	500	.	.	480	540
im Handel ³³⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	679	.	.	657	726
*weiblich	DM	331	409	.	.	399	430
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	706	.	.	680	730
*weiblich	DM	259	.	.	.	283	358
in Industrie ³²⁾ und Handel ³³⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	696	.	.	675	743
*weiblich	DM	347	428	.	.	416	453
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	842	.	.	821	895
*weiblich	DM	391	494	.	.	473	532

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 29) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 30) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM und einem Haushalts-Nettoeinkommen von rund 600 DM monatlich nach den Verbrauchs- und Preisverhältnissen des Jahres 1958 31) Effektivverdienste: 1958 und 1961 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 32) einschl. Baugewerbe 33) Handel, Geld- und Versicherungswesen
 f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) g) Wirtschaftsjahr 1960/61 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A*

	Zeit 1)	Einheit	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Wohnbevölkerung	JD	1 000	2 598	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284	2 299	2 324 ^a
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1 000	+ 17	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11	+ 10	+ 13
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1 000	- 108	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3	+ 9	+ 13
Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	30.9.	1 000	650	716	741	757	772	770	791	813
darunter in den Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1 000	104	86	81	78	72	56	54	52
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1 000	260	318	334	346	355	360	373	385
Handel und Verkehr	30.9.	1 000	121	148	158	163	171	177	183	188
Arbeitslose	30.9.	1 000	178	57	45	34	27	17	11	7
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2	1,4	0,9
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR										
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1 000	480	353	337	323	314	306	302	304
je 1 000 Einwohner	Mai		182	154	148	143	138	134	132	131
VOLKSEINKOMMEN										
Brutto-Inlandsprodukt ³⁾	JS	Mill. DM	3 866	6 238	6 879	7 612	8 429	9 073 ^b	9 666 ^b	...
je Einwohner		DM	1 488	2 747	3 054	3 371	3 715	3 972 ^b	4 204 ^b	...
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Pferde	3.12.	1 000	167	99	87	80	72	58	46	38
Rinder	3.12.	1 000	999	1 040	1 072	1 094	1 129	1 196	1 219	1 251
darunter Milchkühe	3.12.	1 000	458	429	431	431	426	441	460	467
Schweine	3.12.	1 000	1 031	1 184	1 210	1 298	1 279	1 328	1 414	1 636
Schafe	3.12.	1 000	129	112	112	116	119	113	105	109
Hühner ⁴⁾	3.12.	1 000	3 827	3 476	3 493	3 486	3 522	3 623	3 648	4 259
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾										
Rinder	JS	1 000	184	253	229	280	293	295	341	342
Schweine	JS	1 000	818	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725	1 883	2 021
Milcherzeugung										
Kuhmilcherzeugung	JS	1 000 t	1 562	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682	1 750	1 831
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951	3 965	3 980
INDUSTRIE⁶⁾										
Beschäftigte	JD	1 000	109	148	158	164	164	162	168	174
je 1 000 Einwohner			42	64	70	73	72	71	73	75
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	488	534	581	638	659	747	835
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	134	156	173	197	210	238	275
Umsatz ⁷⁾	JS	Mill. DM	2 416	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053	6 407	7 011
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	581	627	766	782	840	987	945
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	182	197	214	224	236	255	p 279
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Baugenehmigungen										
Wohnungen	JS	1 000	27,7	24,7	22,3	23,4	25,3	28,6	29,6	29,7
darunter in ganzen Wohngebäuden	JS	1 000	24,7	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8	26,6	27,0
Baufertigstellungen										
Wohnungen										
Anzahl	JS	1 000	17,7	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3	25,9	25,9
je 1 000 Einwohner			6,9	8,0	10,1	9,7	8,1	11,0	11,2	11,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	56,4	58,7	63,2	49,5	53,2	50,9	50,9
Wohnräume ⁸⁾										
Anzahl	JS	1 000	59,1	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7	103,5	105,2
je 1 000 Einwohner			23,1	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5	44,8	45,1
Bestand an										
Wohnungen ⁸⁾	31.12.	1 000	461,4	564,2	585,5	605,9	623,4	647,1	671,2	695,4
Wohnräumen	31.12.	1 000	1 853	2 104	2 184	2 262	2 334	2 431	2 531	2 632

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit B 1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte 3) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt; generalbereinigte Werte 4) ohne Trut-, Peri- und Zwerghühner 5) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandtes, ohne übergebietlichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 7) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 8) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen a) Errechnet unter Zugrundelegung der auf der Grundlage der Wohnungstatistik 1956 fortgeschriebenen Wohnbevölkerung. Die Zahl ist nur als vorläufige Angabe zu verwenden und gilt nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6.6.1961 als überholt b) vorläufige Ergebnisse

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohn- bevölkerung am 6. 6. 1961 ¹⁾ (Volkszählung)	Arbeitslose am 30. 9. 1961	Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. 1. bis 31. 3. 1962 in 1 000 DM	Aufwand der öffentlichen Fürsorge ²⁾ im Rj. 1960 in DM je Einw.
Flensburg	98 526	416	3 852	26,14
Kiel	273 277	1 443	14 348	27,48
Lübeck	234 643	1 036	14 359	28,09
Neumünster	75 072	263	3 717	23,17
Eckernförde	63 487	155	1 397	26,32
Eiderstedt	19 095	46	708	22,62
Eutin	89 035	365	2 601	23,18
Flensburg-Land	63 319	161	1 205	19,29
Hzgt. Lauenburg	130 453	337	3 656	20,03
Husum	62 949	150	1 667	18,68
Norderdithmarschen	57 154	116	1 745	18,60
Oldenburg (Holstein)	79 539	316	2 134	18,65
Pinneberg	214 473	492	8 977	16,49
Plön	109 029	402	2 429	19,29
Rendsburg	157 953	434	4 706	19,45
Schleswig	97 784	129	2 765	21,74
Segeberg	94 249	86	2 038	17,16
Steinburg	121 752	202	4 898	20,56
Stormarn	143 638	315	5 091	16,69
Süderdithmarschen	71 789	72	2 383	20,90
Südtondern	59 406	109	1 874	18,60
Schleswig-Holstein	2 316 622	7 045	86 549	29,23

Kreisfreie Stadt Landkreis	Industrie ³⁾		Straßenverkehrsunfälle im 1. Vj. 1962		
	Beschäftigte am 30. 4. 1962	Umsatz ⁴⁾ in Mill. DM im April 1962	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
Flensburg	7 489	33,6	509	4	130
Kiel	34 663	63,9	1 410	7	342
Lübeck	35 065	79,1	1 070	9	331
Neumünster	13 175	26,4	366	2	105
Eckernförde	1 834	5,0	251	3	83
Eiderstedt	407	1,9	47	3	15
Eutin	4 227	14,1	322	5	129
Flensburg-Land	756	2,8	237	4	82
Hzgt. Lauenburg	9 268	19,1	388	13	150
Husum	920	3,2	229	5	79
Norderdithmarschen	1 167	2,7	194	1	74
Oldenburg (Holstein)	1 567	8,3	267	9	113
Pinneberg	19 613	80,1	794	12	255
Plön	1 817	8,8	364	9	151
Rendsburg	9 730	21,7	533	6	190
Schleswig	4 346	23,2	419	7	122
Segeberg	4 926	17,4	433	4	224
Steinburg	10 546	42,0	446	8	156
Stormarn	9 415	87,0	515	6	177
Süderdithmarschen	4 977	27,3	225	9	69
Südtondern	996	4,7	157	-	53
Schleswig-Holstein	176 914	572,2	9 176	126	3 030

1) vorläufiges Ergebnis 2) einschl. Tbc-Hilfe 3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bay- ern	Saar- land
BEVÖLKERUNG												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1 000	6.6.1961 ¹⁾	53 975	2 317	1 832	6 641	706	15 902	4 814	3 417	7 759	9 514	1 072
Veränderung in %	"	+ 34	+ 46	+ 7	+ 46	+ 25	+ 33	+ 38	+ 15	+ 42	+ 34	+ 21
6. 6. 1961 geg. VZ 1939	"	+ 12	- 9	+ 16	- 1	+ 28	+ 22	+ 13	+ 14	+ 22	+ 4	+ 13
6. 6. 1961 geg. 31. 12. 1950	"	218	148	2 452	140	1 750	468	228	172	217	135	418
Bevölkerungsdichte 2) Einwohner je qkm	"											
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ¹⁾												
in 1 000	Mai 1961	6 526	304	184	830	85	1 878	568	446	912	1 173	146
je 1 000 Einwohner	"	121	131	100	126	120	118	118	130	117	123	137
ARBEIT												
Beschäftigte Arbeitnehmer ³⁾ in 1 000	31.3.1962	20 881	805	834	2 371	299	6 752	1 817	1 165	3 082	3 398	357
Arbeitslose												
in 1 000	30.4.1962	122	9	5	22	5	32	6	5	3	33	2
je 100 Arbeitnehmer ⁴⁾	"	0,6	1,1	0,6	0,9	1,5	0,5	0,4	0,5	0,1	0,9	0,5
VOLKSEINKOMMEN⁵⁾												
Brutto-Inlandsprodukt												
in Mrd. DM	1960	276 ^{a)}	10	17	30	5	92	25	14	41	43	.
in DM je Einwohner	1960	5 271 ^{a)}	4 204	9 282	4 506	6 988	5 865	5 192	4 051	5 343	4 585	.
LANDWIRTSCHAFT												
Erzeugung von Kuhmilch ¹⁾												
in 1 000 t	April	1 801	202	3	391	3	309	110	81	209	482	10
in kg je Kuh und Tag	1962	10,2	14,4	14,5	12,7	13,0	12,6	9,0	8,0	7,9	8,4	9,8
INDUSTRIE												
Beschäftigte ⁶⁾												
in 1 000	28.2.1962	7 985	175	232	724	93	2 856	678	364	1 444	1 245	174
je 1 000 Einwohner	"	147	75	126	108	131	178	139	106	184	130	161
Umsatz ⁶⁾ in Mill. DM	Febr. 1962	22 115	482	942	2 218	321	8 457	1 723	951	3 753	2 889	370
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 467	42	122	398	49	1 243	315	156	587	422	133
Produktionsindex ⁷⁾ (arbeitstäglich) 1950 = 100	"	265	270	238	299	232	.	317	294	286	272	.
BAUWIRTSCHAFT¹⁾⁸⁾ UND WOHNUNGSWESEN												
Beschäftigte												
in 1 000	28.2.1962	1 360	60	48	174	21	399	117	80	208	225	29
je 1 000 Einwohner	"	25,0	25,8	25,9	26,0	29,8	24,9	24,1	23,3	26,5	23,4	26,5
Geleistete Arbeitsstunden												
in Mill.	Febr. 1962	144	6	6	17	3	46	12	8	23	21	3
je Einwohner	"	2,6	2,7	3,0	2,6	3,6	2,9	2,5	2,4	2,9	2,1	2,4
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁹⁾												
Anzahl	März 1962	50 785	2 199	777	4 698	807	16 344	4 814	3 056	7 763	9 495	832
je 10 000 Einwohner	"	9,3	9,4	4,2	7,0	11,3	10,2	9,9	8,9	9,9	9,9	7,7
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)												
Anzahl	"	18 665	755	1 015	1 911	251	5 329	1 862	756	3 094	3 417	275
je 10 000 Einwohner	"	3,4	3,2	5,5	2,9	3,5	3,3	3,8	2,2	3,9	3,6	2,5
AUSFUHR												
Ausfuhr in Mill. DM ¹⁾	März 1962	4 754 ^{b)}	71	141	516	47	1 698	416	209	810	488	169
VERKEHR												
Straßenverkehrsunfälle												
Anzahl	1. Vj. 1962	226 570	9 176	14 093	23 428	3 494	69 177	22 256	13 300	31 181	36 984	3 481
je 10 000 Einwohner	"	42	39	77	35	49	43	46	39	40	39	32
Getötete Personen												
Anzahl	"	2 632	126	84	427	29	819	229	178	313	370	57
je 1 000 Unfälle	"	12	14	6	18	8	12	10	13	10	10	16
STEUERN												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern ¹⁰⁾	1. Vj. 1962	120	77	239	86	150	137	138	78	130	103	78
Bundessteuern ¹¹⁾	"	184	157	627	137	370	202	162	124	178	141	117
Gemeindesteuern	"
GELD UND KREDIT												
Bestand an Spareinlagen ¹²⁾												
in DM je Einwohner	31.3.1962	1 072	781	1 454	980	1 163	1 150	1 060	833	1 110	1 026	1 005

1) vorläufiges Ergebnis 2) Gebietsstand: 31. 12. 1960 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) Beschäftigte und Arbeitslose 5) vorläufige Ergebnisse, generalbereinigte Werte 6) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 7) Gesamtindex (ohne Bau) 8) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 9) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 10) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 11) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 12) ohne Postspareinlagen a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmontat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Bevölkerung 1960	1/8
Bevölkerungsbewegung	
Ehescheidungen 1960	5/140
Unterricht, Bildung und Kultur	
Akademische Prüfungen	6/188
Ingenieurschulen 1960/61	1/24
Jugendgruppen 1961	2/60
Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs	4/108
Lehrernachwuchs	6/187
Pädagogische Hochschulen	6/188
Schulen, Allgemeinbildende - 1961	2/36
Turnen und Sport	2/60
Wahlen	
Bundestagswahl 1961, repräsentativ	2/38
Erwerbstätigkeit	
Streiks	5/155
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Betriebe, Landw. - nach Hauptbetriebsart	2/41
Betriebe, Landw. - über 100 ha	4/110
Gemüse 1961	4/124
Getreideernte und ihre Verwertung	2/46
Getreide 1961	4/125
Handelsdünger 1960/61	1/10
Milchwirtschaft 1961	6/168
Obsternte 1961	2/61
Schlachtier- und Fleischbeschau	1/12
Schweinebestand März 1962	5/154
Vieh- und Fleischwirtschaft 1960/61	6/170
Zwischenfruchtanbau 1961	2/62
Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften 1961	5/149
Industrie und Handwerk	
Handwerk 1961	6/182
Industrie 1961	6/177
Produktion, Industrie- 1960	1/15
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauwirtschaft 1961	5/142
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr Sommer 1961	5/146
Konsumgenossenschaften 1960	4/127
Verkehr	
Berlin- und Interzonenhandel 1960	3/79
Güterbewegungsstatistiken	3/76
Pkw-Bestand, Voraussichtlicher -	4/128
Straßenverkehrsmittel, Öffentliche -	2/49
Geld, Kredit und Versicherungswesen	
Spareinlagen 1900 bis 1960	3/81
Zahlungsschwierigkeiten 1961	6/185
Öffentliche Finanzen	
Finanzausgleich, Kommunaler -	6/187
Gewerbsteuer-Meßbeträge 1958	4/114
Steueraufkommen 1961	5/152
Umsätze 1960	2/54
Umsatzstruktur 1960	4/116
Vermögensmillionäre	2/63

Preise

Baupreisstatistik	1/19
Gaststätten, Preise in - 1960	4/119

Löhne und Gehälter

Handwerk, Löhne im -	3/85
Landwirtschaft, Löhne in der - 1961	6/174

Versorgung und Verbrauch

Verbrauch in Haushalten	3/90
-------------------------	------

Sozialprodukt

Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe	1/4
--------------------------------------	-----

Neu erschienen:

Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein 1962

82 Seiten, Preis 2,- DM

Statistische Berichte

AO/Volkszählung 1961 - 2

„Wohnbevölkerung der Gemeinden in Schleswig-Holstein nach der Volkszählung am 6. 6. 1961 (vorläufiges Ergebnis)“

90 Seiten, Preis 5,- DM

CO/Landwirtschaftszählung - 3

„Die Verwendung von Zug- und Antriebsmaschinen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1960 (Teil 1)“

16 Seiten, Preis 1,20 DM

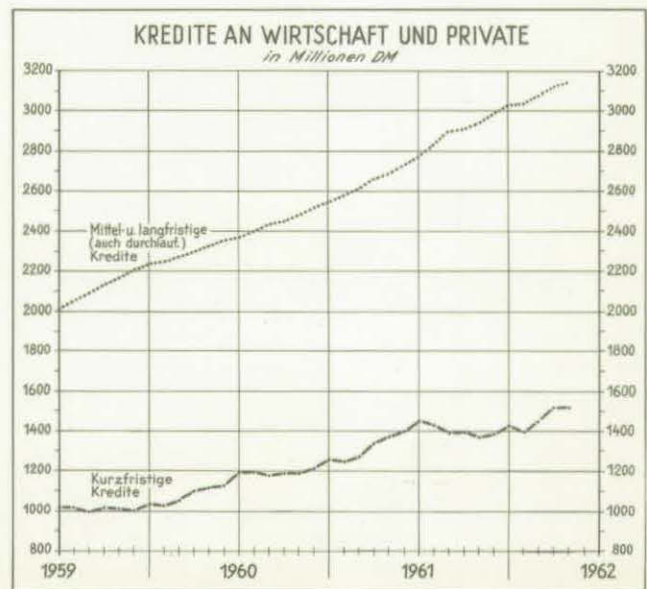
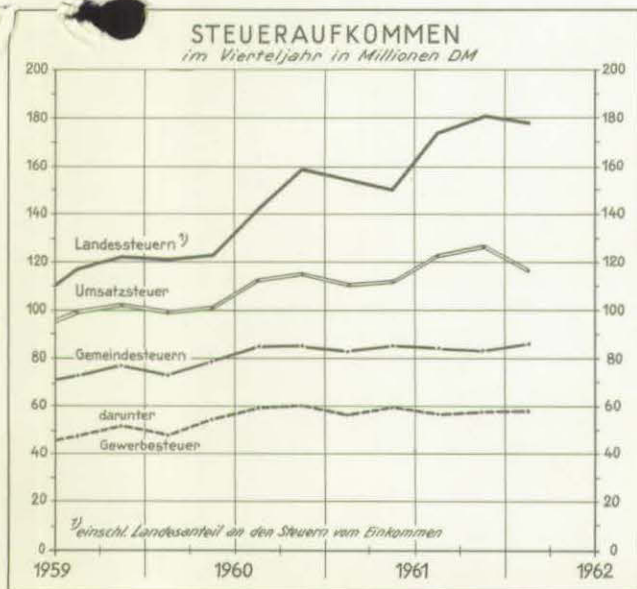
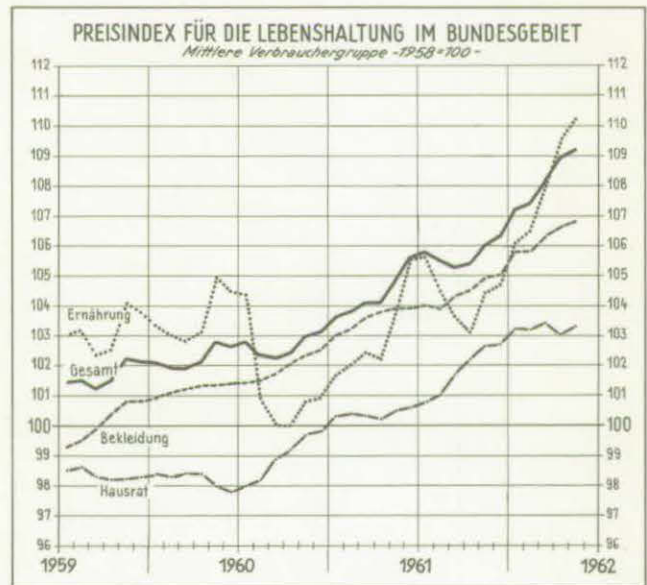
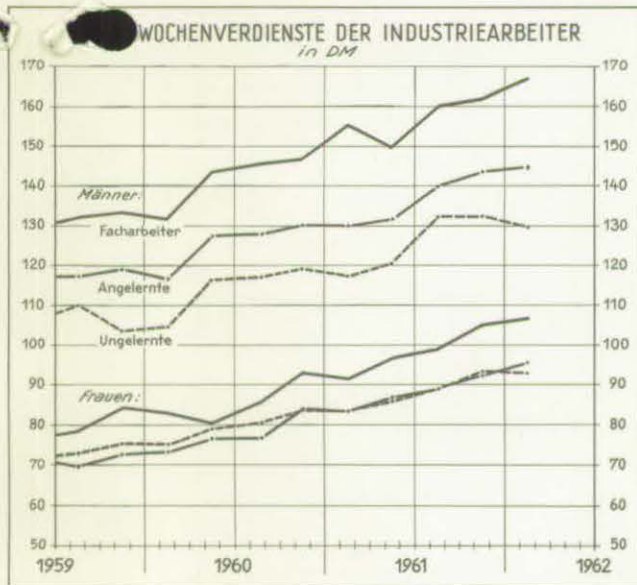
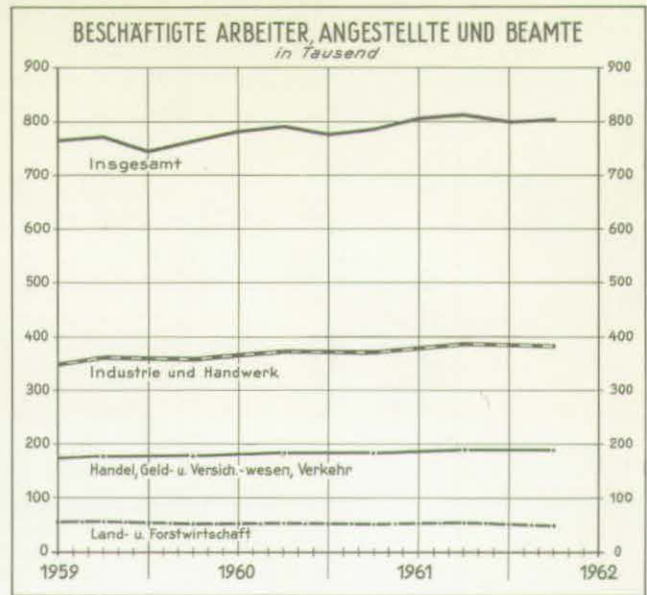
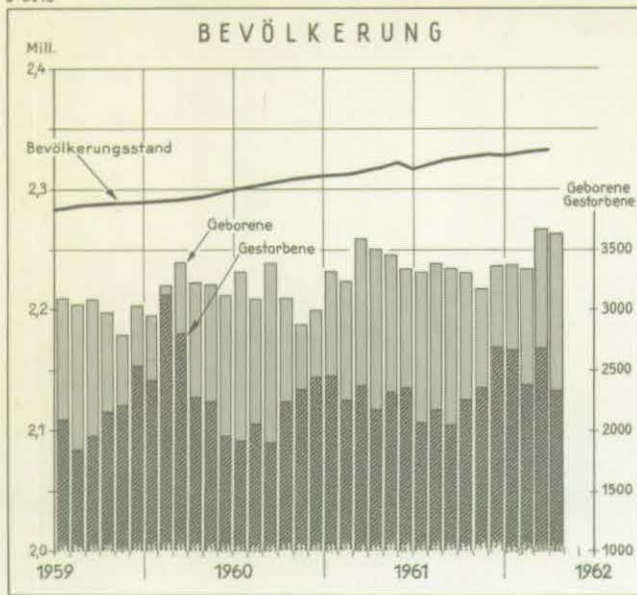
LO/Gewerbesteuerstatistik 1958

„Die Gewerbsteuerpflichtigen in Schleswig-Holstein“

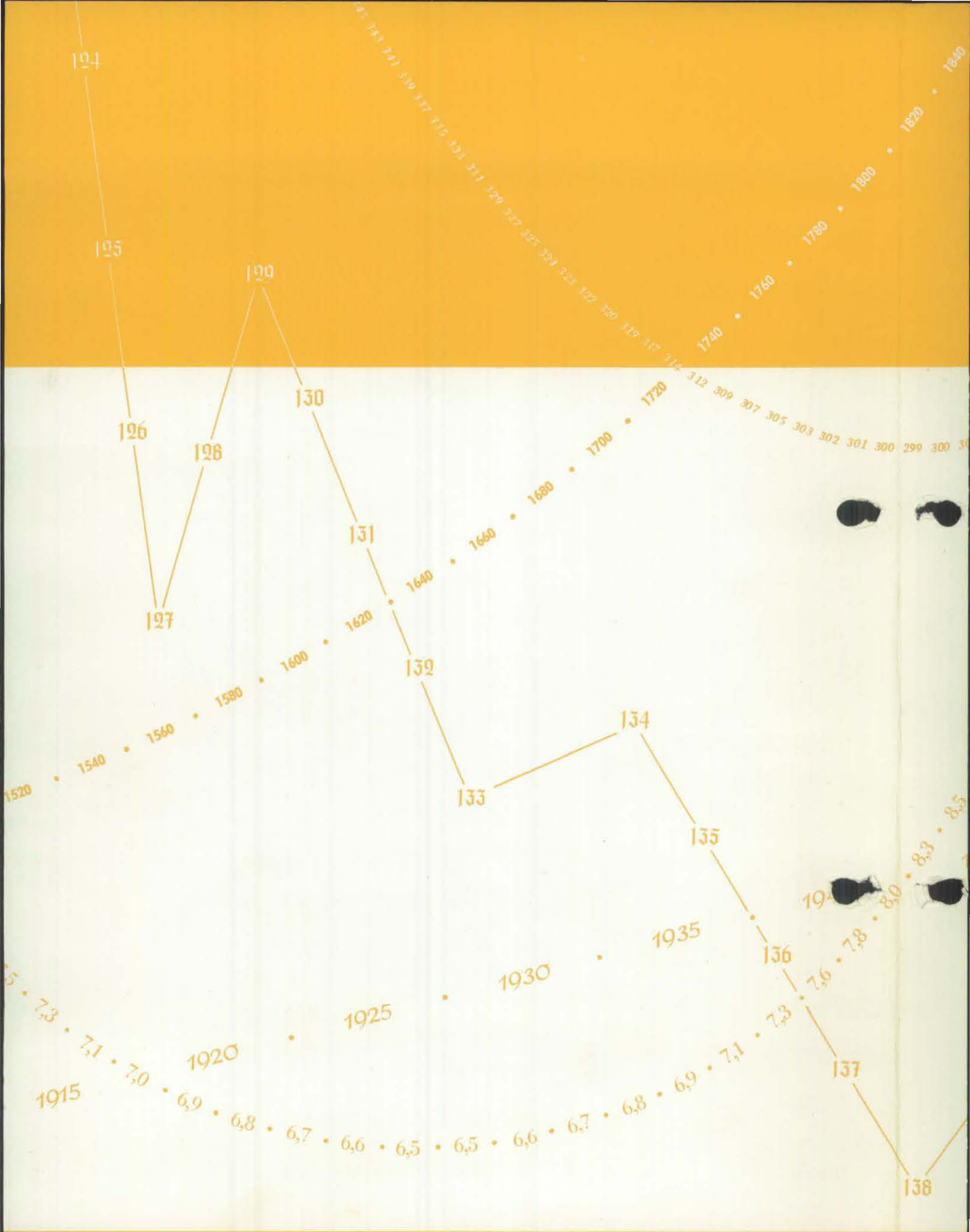
78 Seiten, Preis 5,- DM

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A*

D-3015



* Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02

Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen